

Vielfalt schätzen – Rassismus ächten!

Rechtsaußenparteien und ihre Aktivitäten vor der Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen

Eine Handreichung des Forschungsschwerpunktes
Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf
im Auftrag des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen

Landesintegrationsrat



Inhalt

1.	Einleitung	6
2.	Aktuelle Veränderungen Rechtsaußen	8
2.1	Begriffliche Erläuterungen	8
2.2	Neue rassistische Straßenproteste	9
2.3.	Anstieg rechter Gewalt	10
2.4	Aufkommen des Rechtspopulismus	11
2.5	Polarisierte Gesellschaft	12
3.	Rechtsaußenparteien in NRW	14
3.1	NPD	14
3.1.1	Parteistruktur in NRW	14
3.1.2	Personal	15
3.1.3	Kampagnen und Aktivitäten	15
3.1.4	Aussagen zur Wahl	17
3.2	Die Rechte	18
3.2.1	Parteistruktur in NRW	18
3.2.2	Personal	19
3.2.3	Kampagnen und Aktivitäten	19
3.2.4	Aussagen zur Wahl	22
3.3	Der III. Weg	24
3.3.1	Parteistruktur in NRW	24
3.3.2	Personal	24
3.3.3	Kampagnen und Aktivitäten	24
3.3.4	Aussagen zur Wahl	25
3.4	Die „pro“-Parteien	25
3.4.1	Parteistruktur in NRW	25
3.4.2	Personal	26
3.4.3	Kampagnen und Aktivitäten	26
3.4.4	Aussagen zur Wahl	26
3.5	Die Republikaner	27
3.5.1	Parteistruktur in NRW	27

3.5.2	Personal	28
3.5.3	Kampagnen und Aktivitäten	29
3.5.4	Aussagen zur Wahl	30
3.6	AfD	30
3.6.1	Parteistruktur in NRW	31
3.6.2	Personal	31
3.6.3	Kampagnen und Aktivitäten	38
3.6.4	Aussagen zur Wahl	39
3.6.4.1	Wahlprogramm	40
4	Handlungsempfehlungen	43
5	Anhang	46
5.1.	Informationsquellen und Beratungsangebote	46
5.2.	Quellenverweise	48

Vorwort



Meine Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser, mit großer Aufmerksamkeit und Sorge beobachten wir, dass Ressentiments gegen Ausländer, Migranten, Muslime und Flüchtlinge stark zugenommen haben. Zugleich hat sich die Zahl der Straftaten gegen Unterkünfte von Asylbewerbern massiv erhöht. Laut NRW-Innenministerium haben sich diese Straftaten innerhalb eines Jahres vervielfacht. Immer mehr Menschen lassen sich von den Rechtspopulisten blenden, die Migrantinnen und Migranten aus der Gesellschaft auszugrenzen versuchen. Der Landesintegrationsrat NRW hat beschlossen, dieser besorgniserregenden Entwicklung entschieden entgegenzutreten. Es darf nicht sein, dass eine Minderheit von

ewig Gestrigen so massiv die Grundpfeiler unserer von Einwanderung geprägten Gesellschaft angreift, ohne einen deutlichen Widerspruch zu erfahren. Aus unserer Sicht muss daher die Gesellschaft umfassend über die Gefahr der rechtsextremistischen und -populistischen Parteien und Gruppierungen informiert werden. Denn nur eine aufgeklärte Gesellschaft ist in der Lage, sich auf seine demokratischen Grundwerte zu besinnen und sich nicht von extremistischen und populistischen Scharfmachern irreführen zu lassen.

Auf die aktuelle Herausforderung muss die Zivilgesellschaft mit allen möglichen friedlichen Mitteln antworten und die Demokratie vor gefährlichen Angriffen schützen. Dieser wichtigen Aufgabe kommt der Landesintegrationsrat NRW mit seiner Kampagne „Vielfalt schätzen – Rassismus ächten“ nach. Die Studie „Rechtsaußenparteien und ihre Aktivitäten vor der Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen“ ist dabei ein wichtiger Bestandteil, den der Landesintegrationsrat NRW beim Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA) in Auftrag gegeben hat. Mit akribischer Recherche, fundiertem Wissen und detaillierter Analyse liefert FORENA einen wichtigen Beitrag zur Entlarvung der rechten Parteien. In dieser Studie ist es gelungen, die aktuellsten Informationen zu den

populistischen und rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen in NRW präzisieren. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf den Themenfeldern Zuwanderung, multikulturelles Zusammenleben und Islamophobie.

Ich bin mir sicher, dass die vorliegende Studie den demokratischen Kräften in dieser brisanten Phase eine wichtige Quelle sein wird, um Aufklärungsarbeit zu leisten. Der Landesintegrationsrat NRW wird bis zu den NRW-Landtagswahlen im Mai 2017 in zahlreichen Städten – gemeinsam mit den Integrationsräten vor Ort – Veranstaltungen durchführen. Hierbei wird die Entwicklung von kommunalen Strategien und Maßnahmen zur Isolierung von Rassismus, Nationalismus und Rechtsextremismus im Mittelpunkt stehen.

Ich hoffe, dass sich zahlreiche Menschen unseren Aktionen und Aktivitäten anschließen, um unsere Gesellschaft vor den Demagogen zu schützen. Ziel ist, in möglichst vielen Städten ein deutliches Zeichen gegen rechts zu setzen und den Einzug der Populisten in den nordrhein-westfälischen Landtag zu verhindern. Den Migrantinnen und Migranten und ihren kommunalen Vertretungen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, denn die Spitze der rassistischen Angriffe ist auf sie gerichtet.



Ihr Tayfun Keltek

Vorsitzender des Landesintegrationsrates
NRW

1. Einleitung

Am 14. Mai 2017 wird in Nordrhein-Westfalen der neue Landtag gewählt. Hierbei treten auch Rechtsaußenparteien zur Wahl an. Das Spektrum dieser Parteien reicht vom offenen Rechtsextremismus bis hinein in das rechtspopulistische Spektrum. Zwar beteiligen sich nicht alle aktiven Rechtsaußenparteien an der Wahl. Allerdings bietet dieser Termin all diesen Parteien die Gelegenheit für öffentliche Aufmerksamkeit. Trotz ihrer Unterschiedlichkeit haben sie ein gemeinsames zentrales Feindbild: unsere multikulturell verfasste Einwanderungsgesellschaft.

Nordrhein-Westfalen ist ein Bundesland, das stark von Migration geprägt ist, und in dem ein multikulturelles Miteinander zum alltäglichen Leben gehört. Zu dieser Alltagsnormalität gehören auch Konflikte und fortwährende Aushandlungsprozesse um die Form und die Probleme eines friedlichen und respektvollen Zusammenlebens. Ein solches Zusammenleben wird von rechter Seite her infrage gestellt: Abwertung und Rassismus prägen die Propaganda dieser Parteien. Um diesen diskriminierenden und demokratiefeindlichen Aktivitäten Grenzen zu setzen, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen in Politik und Zivilgesellschaft. Aus diesem Grund hat die Landesregierung Nordrhein-Westfalens ein integriertes Handlungskonzept zur Prävention gegen Rechtsextremismus und Rassismus entwickelt und am 10. Mai

2016 verabschiedet. Unter dem Leitziel „Nordrhein-Westfalen handelt geschlossen für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander - gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ wird u.a. gefordert, „die gesellschaftliche Sensibilisierung für diese Themen zu erhöhen und rechtsextremem und rassistischem Gedankengut entschieden entgegenzutreten.“¹

Um wirkungsvoll Abwertung, Diskriminierung und Rassismus unterbinden zu können, muss Sachkenntnis über das aktuelle politische Wirken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien hergestellt werden. Diesen Zweck soll die vorliegende Informationsbroschüre erfüllen:

Die unterschiedlichen Parteien des politischen rechten Randes und deren Aktivitäten im Vorfeld der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen werden hierbei einer kritischen Beachtung unterzogen.

Hierzu werden zunächst die aktuellen Veränderungen im politischen Rechtsaußenspektrum beschrieben und analysiert.

In dem daran anschließenden Kapitel wird ausführlich die aktuelle Entwicklung der verschiedenen Rechtsaußen-Parteien vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen dargestellt. Hierbei werden die Aktivitäten und Positionen der einzelnen Parteien nachgezeichnet, die zur Wahl antreten.

Im vierten Kapitel werden Handlungsempfehlungen im Umgang mit rechten Aktivitäten vor Ort und im Land NRW gegeben.

Thema sowie Kontaktadressen für entsprechende Hilfsmöglichkeiten aufgelistet.

Im Anhang sind Informationen zur vertiefenden Auseinandersetzung mit dem

2. Aktuelle Veränderungen Rechtsaußen

In diesem Kapitel werden die aktuellen Entwicklungen und Veränderungen am politischen rechten Rand beschrieben. Hierzu werden zunächst die zentralen Begriffe zur politischen Einordnung der unterschiedlichen Rechtsaußenparteien erläutert. Danach werden neue Entwicklungen (extrem) rechter Protestkultur beschrieben und ein kritischer Blick auf die rechte Gewaltentwicklung geworfen. Danach wird der Aufstieg des Rechtspopulismus skizziert, da dieser eine maßgebliche Rolle bei den Veränderungen im rechten Spektrum spielt. Daran anknüpfend werden die aktuellen Entwicklungen auf dem politischen rechten Feld in das Verhältnis zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen gesetzt.

2.1 Begriffliche Erläuterungen

Das Spektrum der Rechtsaußenparteien hat eine politische Spannweite, die von nationalkonservativen und nationalliberalen Positionen bis hin zu offen neonazistischen Weltanschauungen reicht. Der Begriff *Rechtsaußen* findet deshalb in der vorliegenden Untersuchung Verwendung als Sammelbegriff zur Kennzeichnung sämtlicher Parteien, die politisch rechts von dem demokratisch-konservativen Parteienspektrum stehen und sich selbst als politisch rechts von der CDU stehend bezeichnen.²

Der Begriff des *Rechtsextremismus* kann als Sammelbegriff für die Bündelung

autoritaristischer, nationalistischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden. Sein zentrales weltanschauliches Merkmal ist ein völkischer Nationalismus. Der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke (2001, S. 30) definiert Rechtsextremismus so:

„Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“³

Alternativ dazu wird in der Forschung und auch in dieser Untersuchung der Begriff *extreme Rechte* zur Kennzeichnung des äußeren rechten Randes des politischen Spektrums verwendet.⁴ Er umfasst das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Parteien und Gruppierungen und beinhaltet folgende Zuordnungskriterien:

- völkisch-nationalistische Ausprägungen
- rassistische und antisemitische Ausprägungen
- autoritäre Politikvorstellungen
- Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips
- Diskriminierung von Minderheiten
- Ethnisierung bzw. Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen

Die extrem rechts orientierten Parteien haben durch das Aufkommen des Rechtspopulismus starke Konkurrenz erhalten. Ein zentrales Merkmal des Rechtspopulismus ist seine „Anti-Establishment-Orientierung“. Der von allen rechtspopulistischen Parteien konstruierte Gegensatz zwischen „Volk und Elite“ kann als deren zentrales propagandistisches Kennzeichen gedeutet werden. Im Rechtspopulismus wird „das Volk“ in Kontrast zu Einwanderern und zu der „politischen Klasse“ gesetzt, welche angeblich zum Zwecke der eigenen Bereicherung die „nationalen Interessen“ verkauft habe, wie z.B. an eine angeblich „volksfeindliche“ Europäische Union. Die rechtspopulistische Propaganda unterstellt, dass das Volk einheitlich in der Herkunft und im Denken sei und die liberale „Elite“ und die Linke „volksfeindlich“ seien, da sie sich „gegen den Willen des Volkes“ stellen würden. Wir verwenden den Begriff des *Rechtspopulismus* in erster Linie zur Kennzeichnung einer spezifischen Form der Ansprache und Propaganda, eines speziellen politischen Stils. Dieser Form des Auftretens können sich sowohl Parteien bedienen, die ihren Ursprung im extrem rechten Spektrum haben, als

auch Parteien, die ihren Ursprung im Konservatismus oder Wirtschaftsliberalismus haben. Ein Beispiel für eine rechtspopulistische Partei mit rechtsextremen Ursprung stellt der „Front National“ unter Marine Le Pen in Frankreich dar, ein Beispiel für eine rechtspopulistische Partei konservativen Ursprungs die „Partei für die Freiheit“ des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders. Hier in Nordrhein-Westfalen spiegeln die Parteien „pro NRW“ und „Alternative für Deutschland“ (AfD) vergleichbar diese Bandbreite des Rechtspopulismus wieder.

2.2 Neue rassistische Straßenproteste

Die neue Qualität rassistisch-nationalistischer Mobilisierung drückt sich aktuell in einem Ineinandergreifen unterschiedlicher politischer Dynamiken aus: Politische Legitimationskrisen der EU und Frust über die große Koalition hierzulande gehen einher mit der Steigerung rassistischer Proteste und zunehmender Verrohung der politischen Kultur. Auf der Straße ist es zu einer aktionszentrierten Zusammenführung unterschiedlicher, lange weitgehend abgegrenzt voneinander agierender rechter Milieus und Organisationsstrukturen gekommen. Folgende Erscheinungsebenen verleihen dieser Bewegung besondere Dynamik:

- ein rassistisches Protest- und Gewalt-handeln
- der Aufstieg des Rechtspopulismus
- die Verschiebungen in der rechten Parteienlandschaft

- die Neuformierung eines (extrem) rechten Machtblocks.

Für *rassistische Proteste und Gewalt* haben die Pegida-Proteste den Boden bereitet: Sie haben die Funktion eines Türöffners für eine neue Dimension rassistisch motivierter Protestkultur eingenommen. Pegida kann als Initialzündung für eine neue flüchtlingsfeindliche Protestbewegung angesehen werden. Zudem haben die Pegida-Demonstrationen aus Sicht der Protestforschung „insbesondere in Sachsen mittelbar zu einer sprunghaften Zunahme gewalttätiger Übergriffe auf Asylbewerberheime im ersten Halbjahr 2015 beigetragen“.⁵ (Vorländer et al., 2015, S. 146). Die Ausschreitungen rechtsextremer Hooligans in Köln, die am 26. Oktober 2014 unter dem Namen HoGeSa („Hooligans gegen Salafisten“) sich mit über 3000 Teilnehmenden versammelten, um sich eine Straßenschlacht mit der Polizei zu liefern, zeigten das Gewaltpotenzial der selbsternannten rechten „Abendland-Verteidiger“.⁶ In NRW versuchten seitdem extrem rechts orientierte Hooligans, unter dem Label HoGeSa oder „Gemeinsam Stark Deutschland“ flüchtlings- und minderheitenfeindliche Proteste zu entfachen. Gemeinsam mit Aktivisten aus rechtsextremen Parteien und Szenen stellten sie in der Folgezeit auch das gewaltorientierte Potenzial für die Pegida-Ableger in NRW – so etwa bei Pegida Duisburg oder etwa bei „Dügida“ und „Kögida“ (Düsseldorfer und Kölner Pegida-Nachahmer-Gruppen). Die Proteste lösten sich zunehmend von den Pegida-Organisatoren in Dresden und

verselbstständigten sich. Diese neue nationalistische und rassistische Protestkultur bietet vielen Menschen, die negativ gegenüber einer multikulturellen Gesellschaft eingestellt sind, ethnische Homogenität fordern und ein tiefes Misstrauen gegenüber „dem System“ oder die Demokratie im Allgemeinen haben, weit über den rechten Rand hinaus eine Form der Ausdrucks – in der persönlichen Kommunikation, im Internet und auf der Straße.

2.3 Anstieg rechter Gewalt

Über 1.000 rassistisch motivierte Vorfälle und Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte verzeichneten die Sicherheitsbehörden für das Jahr 2015. Mit der im Folgejahr zunehmend hysterisch geführten Flüchtlingsdebatte einher ging ein weiterer Anstieg rassistischer Gewalt. Insgesamt wurden von Anfang Januar bis Mitte August 2016 mehr als 1800 politisch motivierte Straftaten gegen Asylbewerber und Flüchtlinge registriert. Das ging aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums an die Grünen-Fraktion im Bundestag hervor, über die der Spiegel berichtete. Laut dem Zeitungsbericht legten Neonazis und Asylgegner im genannten Zeitraum „schon 78 Mal Feuer, die Polizei zählte sieben Tötungsdelikte“.

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsdebatte habe im extrem rechten Spektrum „die Widerstandsrhetorik zugenommen“, zitierte der Spiegel das Ministerium.⁷ Vor dem Hintergrund dieses rapiden Anstiegs von rassistisch motivierten Straftaten auf Flüchtlingsunterkünfte warnen die Sicherheitsbehörden vor dem Entstehen neuer

terroristischer Strukturen in der extremen Rechten. Die NPD und die Neonazi-Kleinparteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ sowie die neonazistischen „Kameradschafts“-Gruppierungen treten zunehmend aggressiv in Erscheinung und entfachen eine gewaltförmige Drohkulisse gegenüber Zugewanderten und Andersdenkenden.

In NRW ist im Jahr 2015 die Anzahl politisch rechts motivierter Straftaten laut Verfassungsschutzbericht mit 4.437 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 35% angestiegen.⁸ Zwar geht die rechte Gewalt einerseits von dem organisierten Neonazismus aus, der im aktuellen gesellschaftlichen Klima eine Gelegenheit sieht, sich als „Vollstrecker des Volkswillens“ mittels Gewalt in Szene zu setzen und rechten Terror als Mittel zur Entfaltung eines faschistoiden „Bürgerkriegs“ anzuwenden. Andererseits jedoch verweisen die Sicherheitsbehörden auf eine Häufung sogenannter anlassbezogener Straftaten, deren Urheber bislang polizeilich/politisch nicht auffällig gewesen sind, die nicht erkennbar in extrem rechte Strukturen und Milieus eingebunden sind und die sich durch das allgemeine Klima und rechte Agitation zum „Handeln“ getrieben sehen. Diese Entwicklung verdeutlicht die Gefahr einer milieu- und organisationsübergreifenden rassistischen Mobilisierung, die ihre Selbstermächtigung nicht nur aus rechtsextremer Propaganda erfährt, sondern zudem aus hysterisch geführten Debatten im Umgang mit Einwanderung und Flüchtlingen.

2.4 Aufkommen des Rechtspopulismus

Die extrem rechts orientierten Parteien haben durch das Aufkommen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) eine starke Konkurrenz erhalten. Vor der AfD-Gründung konnten rechtspopulistische Parteien in Deutschland nur temporäre sowie regionale Wahlerfolge erzielen. Im Zusammenhang mit der Selbstverortung der Mehrheit der Bundestagsparteien als Vertreter der politischen Mitte, der Formierung einer Großen Koalition und dem Merkel-Credo von einer „Alternativlosigkeit“ der Euro-Rettung formierte sich die AfD im Jahr 2013 als neue parteipolitische Kraft rechts der Unionsparteien. Aus Sicht der Parteienforschung kann die AfD im Spektrum der rechtspopulistischen Parteienfamilie verortet werden.⁹ Ein zentrales Merkmal des Rechtspopulismus ist seine „Anti-Establishment-Orientierung“.¹⁰ Der von allen rechtspopulistischen Parteien konstruierte Gegensatz zwischen „Volk und Elite“ kann als deren zentrales propagandistisches Kennzeichen gedeutet werden.¹¹ Im Rechtspopulismus wird „das Volk“ als homogenisierender Begriff für die unterschiedlichen Partikularinteressen angestammter Bevölkerungsteile in Kontrast zu Einwanderern und zu der „politischen Klasse“ gesetzt, welche angeblich zum Zwecke der eigenen Bereicherung die „nationalen Interessen“ an eine angeblich „volksfeindliche“ Europäische Union verkauft habe.¹² Im Laufe ihres kurzen politischen Werdegangs hat die AfD bis zum Ende des Jahres 2016 bei Wahlen den Einzug in

zehn Landesparlamente erreicht und sich zu einer ernstzunehmenden politischen Konkurrenz bereits etablierter politischer Parteien entwickelt. Zugleich hat die AfD innerparteilich einen deutlichen Rechtsruck vollzogen, der an ihren innen- und außenpolitischen Positionierungen sowie in ihren Kontakten zu radikal rechten Parteien und Organisationen zum Ausdruck kommt. Die Befragungsergebnisse der aktuellen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigen auf, dass die „Neigung der AfD-Sympathisanten zur Abwertung anderer 2016 noch deutlich ausgeprägter als 2014“ sind. „Besonders starke Zuwächse von 2014 auf 2016 lassen sich für die Elemente Fremdenfeindlichkeit (von 33 auf 47%), die Abwertung asylsuchender Menschen (von 57 auf 74%) und Muslimfeindlichkeit (von 60 auf 69%) beobachten. Aber auch die Abwertung arbeitsloser (von 60 auf 69%) und wohnungsloser Menschen (von 22 auf 34%) ist unter AfD-Sympathisanten verbreitet und noch weiter angestiegen.“¹³

2.5 Polariserte Gesellschaft

Die Flüchtlingsdebatte hat die deutsche Öffentlichkeit stark polarisiert. Der enorme Anstieg der Zahl der nach Deutschland Geflüchteten Mitte des Jahres 2015, der nicht zuletzt eine Folgeerscheinung der Eskalation des Bürgerkrieges in Syrien war, hat einerseits massive fremdenfeindliche und rassistisch motivierte Abwehrhaltungen hervorgerufen. Andererseits haben sich viele Menschen unterstützend und solidarisch gegenüber den Menschen verhalten, die hier Zuflucht suchen. Die anfangs vielfach

gelobte Willkommenskultur erhielt in der medialen Rezeption einen Einbruch durch die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht auf der Kölner Domplatte. Nach diesen Ereignissen häuften sich mediale Prognosen von einem „Ende der Willkommenskultur“. Der Redakteur der Kölner Stadtrevue, Christian Werthschulte, verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die Formulierung „nach Köln“ zu einem „geflügelten Wort“ geworden ist. Die Ereignisse seien instrumentalisiert worden, indem sie „in bereits bestehende kulturelle Interpretationsmuster oder politische Initiativen überführt“ wurden, die ihren Anfang schon „vor Silvester genommen haben“.¹⁴

Entgegen dem politisch-medial prognostizierten „Ende der Willkommenskultur“ verweisen Untersuchungen empirisch auf gegenteilige Entwicklungen. So weisen Andreas Zick, Beate Küpper und Daniela Krause in ihrer aktuellen Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland 2016 darauf hin, dass die Mehrheit der in der Untersuchung Befragten sich positiv zur Aufnahme von Geflüchteten geäußert hat:

„Über die Hälfte der Befragten (56%) findet die Aufnahme gut, weiter 24 % zumindest teils-teils gut. Nur 24% findet es explizit ‚eher nicht‘ oder ‚überhaupt nicht‘ gut, dass Deutschland so viele Flüchtlinge aufgenommen hat. 38 % nehmen an, viele ihrer Freunde und Bekannten fänden die Aufnahme von Flüchtlingen gut, 34 % dagegen vermuten, diese seien eher nicht oder über-

haupt nicht dafür. Das bedeutet: Die insgesamt nach wie vor recht positive Stimmung gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten, die aus den Antworten der Befragten ablesbar ist, wird von diesen selber eher unterschätzt, wenn sie an ihr soziales Umfeld denken.“¹⁵

Diese Erkenntnis weisen auch andere Befragungsergebnisse auf. Laut Befragungsergebnissen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche vertritt die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Ansicht, dass Geflüchteten geholfen werden sollte. Das zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge ist sogar gestiegen: Im November 2015 setzten sich insgesamt 10,9 Prozent auf die eine oder andere Weise für Flüchtlinge ein, im Mai 2016 11,9 Prozent.¹⁶ Sie haben Zeit, Energie, Geld und vieles mehr eingebracht – aber sie sind nicht als politischer Faktor im Sinne eines kollektiven politischen Akteurs in Erscheinung getreten.

Im Unterschied hierzu hat sich auf der politisch rechten Seite eine breite Front formiert – im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Raum, in der gesellschaftlichen Debatte, auf der Straße und mit den Mitteln der Gewalt. So zeigt sich die rassistische Mobilisierung von rechts auch in den großen Wahlerfolgen der AfD und im massiven Anstieg rassistisch motivierter Gewalt. Der rassistische Vormarsch steht im Zusammenhang mit einem gesamtgesellschaftlichen Meinungsklima, das ausgrenzende, autoritäre Abwehrhaltungen

und gewalttätigen Rassismus begünstigt. Politisch wird diese Entwicklung indirekt legitimiert durch die CSU, die in Abgrenzung zum Merkel'schen Credo „Wir schaffen das“ von einer „Herrschaft des Unrechts“ redet und die ungarische Grenzzaun-Politik des Rechtspopulisten Victor Orban favorisiert.

Die aktuelle Entwicklung zeigt in vielerlei Hinsicht Ähnlichkeit mit der sogenannten „Asyldebatte“ Anfang der 1990er Jahre. Auch jene Phase war gekennzeichnet von einem massiven Anstieg rassistisch motivierter Gewalt, von einer anlassbezogenen Formierung rechter Milieus und politischen Initiativen zur Einschränkung des Asylrechts. Im Kontext eskalierender Kriege, gescheiterter Aufbruchsbewegungen in den Gesellschaften Nordafrikas, angesichts bestehender globaler Wohlstandgefälle sowie erheblicher Teile der Bevölkerung, die an der überkommenen Vorstellung weitgehend homogener ethnischer Volkszusammensetzung festhalten, lassen sich deutliche Parallelen feststellen.

Rechte Parteien greifen in NRW im Vorfeld der Landtagswahl diese Stimmung auf und versuchen, sie politisch zu instrumentalisieren.

3. Rechtsaußenparteien in NRW

3.1 NPD

Die NPD ist die älteste aktive rechtsextreme Partei in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahr 1964 gegründet, hatte die Partei ihre größten Wahlerfolge Ende der 1960er Jahre. Seit den 1990er Jahren stellte die NPD in zunehmendem Maße ein parteipolitisches Sammelbecken für die neonazistischen „Kameradschaften“ dar, welche als informell organisierte Zusammenschlüsse der gewaltorientierten Neonaziszene aktiv sind. Im zweiten gerichtlichen Verbotverfahren kam das Bundesverfassungsgericht am 17. Januar 2017 zu dem Ergebnis, dass die NPD zwar verfassungsfeindlich sei, jedoch aufgrund ihrer aktuellen wahlpolitischen Bedeutungslage nicht verboten werden könne.¹⁷

3.1.1 Parteistruktur in NRW

Die Zahl der Mitglieder der nordrhein-westfälischen NPD schätzte der Verfassungsschutz in seinem Bericht für 2015 auf 600, ebenso viele wie im Jahr zuvor. Bundesweit zählte die Partei demnach – ebenfalls in etwa unverändert – 5.200 Mitglieder.¹⁸ Vor zehn Jahren wurde die Zahl noch auf etwa 7.200 geschätzt. Auch in NRW schrumpfte seither die Zahl derer, die im Besitz eines NPD-Ausweises sind, deutlich. Bezogen auf die Einwohnerzahl liegt die Zahl der Parteiangehörigen deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt der NPD.

Damit verbunden sind gravierende strukturelle Folgen:

- In weiten Teilen des Landes, unter anderem Südwestfalens, des Münsterlandes, am Niederrhein und im Bergischen Land, ist die NPD faktisch nicht existent.
- In OWL ist zum Beispiel ein einziger Kreisverband für sechs Landkreise und eine Großstadt zuständig.
- Selbst in Regionen, in denen die Partei über Mandatsträger verfügt, reicht das Personal offenbar nicht für die Bildung eigenständiger Kreisverbände aus.
- Auch die Bildung eines Jugendverbandes kam trotz mehrerer Ankündigungen nicht vom Fleck.

Der NRW-Verfassungsschutz fasste das Problem der NPD in seinem Jahresbericht für 2014 so zusammen: „Während die NPD vor rund fünf Jahren über fast 30 Kreisverbände verfügte, sind es aktuell weniger als 20.“¹⁹ Auf ihrer Ende 2016 neugestalteten Internetseite verzichtet die Partei gar auf eine Aufzählung ihrer Kreisverbände.²⁰

Darüber hinaus beschäftigte und lähmte der Streit über Nähe oder Distanz zu militanten und „partiefreien“ Neonazis den Landesverband über Jahre. Mal wurden militante Neonazis umworben, mal hielt man sie auf Abstand.

Bei der Landtagswahl im Mai 2012 kam die NPD nur noch auf 0,5 Prozent. Rund

40.000 Bürgerinnen und Bürger wählten NPD. Damit hatte die Partei im Vergleich zur Landtagswahl 2010 mehr als ein Viertel und gegenüber der Wahl 2005 sogar fast die Hälfte ihrer Wähler verloren. 2010 war sie auf rund 55.000 Stimmen gekommen, 2005 auf 74.000. Empfindlich traf es die NPD vor fünf Jahren insbesondere, dass sie auch in jenen Regionen, in denen sie zuvor im innerrechten Wettbewerb vorne lag, nun gegenüber „pro NRW“ das Nachsehen hatte.²¹

3.1.2 Personal

Mit einer äußerst knappen Mehrheit wurde bei einem Parteitag Ende November 2016 das Bochumer Stadtratsmitglied Claus Cremer als Landesvorsitzender wiedergewählt.²² Er ist seit Jahren parteiintern umstritten. Als Landesvize fungieren Melanie Händelkes (Duisburg) und Ariane Meise (Rhein-Sieg-Kreis). Meise arbeitet als gewählte Beisitzerin auch im Bundesvorstand mit. Als Landesvorsitzender gehört Cremer im Bundesvorstand als kooptiertes Mitglied ohne Stimmrecht an. Er zeichnet dabei für die Netzredaktion der Bundespartei (Facebook, Twitter, etc.) verantwortlich.

Ende März 2016 beschloss der Landesvorstand einstimmig die Teilnahme an der Landtagswahl 2017.²³ Man wolle den Bürgerinnen und Bürgern – so Cremer wohl auch in Abgrenzung zur AfD – „eine wirkliche Alternative zu den herrschenden Zuständen und den verbrauchten Altparteien bieten“. Zwei Monate später bestätigte der

Bundesvorstand den Beschluss zur Kandidatur²⁴ – was wegen einer Kostenbeteiligung der Bundes-NPD von Bedeutung ist.

Die NPD tritt sowohl bei der Landtagswahl im Mai als auch bei der Bundestagswahl im September 2017 an. Auf der fünfköpfigen NPD-Liste zur Bundestagswahl kandidieren Ariane Meise (Rhein-Sieg-Kreis), Claus Cremer (Bochum), Melanie Händelkes (Duisburg), Marcel Haliti (Krefeld) und Karl Weise (Duisburg). In derselben Reihenfolge belegt das Quintett auch die ersten Plätze auf der insgesamt zehn Personen umfassenden Kandidatenliste für die Landtagswahl. Auf den Plätzen sechs bis zehn treten Rainer Händelkes, Marion Figge, Kevin Brederock, Frank Pfenning und Hans Gottschalk an.²⁵

3.1.3 Kampagnen und Aktivitäten

Seit Ende 2014 versucht die NPD, bei Veranstaltungen von Pegida NRW und ähnlichen Aktionen Präsenz zu zeigen. Einerseits glaubt man in der NPD, dort quasi einen „nationalen Volksaufstand“ miterleben und mitgestalten zu können, zum anderen versucht man, bislang nicht parteigebundene Pegida-Anhänger für sich begeistern zu können. Neben Aktionen von Pegida NRW in Duisburg besuchten Repräsentanten der Partei ähnliche, lokal orientierte Veranstaltungen von „Mönchengladbach steht auf“, den „Bürgern gegen Politikwahnsinn“ (Essen und Oberhausen), der „Bürgerinitiative DaSKuT“ („Deutschland asylfreie Schulen Kindergärten und Turnhallen“ bzw.

„Deutschland am Scheidepunkt. Kultur und Tradition“) in Bochum oder einer „IG Bürger für Duisburg“. Vertreten war die NPD auch bei einer Kundgebung der extrem rechten Hooligan-Gruppierung „Gemeinsam Stark Deutschland“ am 8. Oktober 2016 in Dortmund und bei einer wesentlich von „pro NRW“ gesteuerten Veranstaltung am Kölner Hauptbahnhof. Auch an Aktionen der Konkurrenzpartei „Die Rechte“ in Dortmund beteiligten sich Funktionäre der NPD, unter anderem an der Demonstration zum „Tag der deutschen Zukunft“ (TDDZ) Anfang Juni 2016.

Auf kommunalpolitischer Ebene sucht die NPD ebenfalls die Nähe zu anderen Vertretern der extremen Rechten: In Duisburg bildet NPD-Ratsfrau Melanie Händelkes eine gemeinsame Ratsgruppe mit dem Ex-„pro NRW“-Stadtvertreter Egon Rohmann, in Dortmund gehören Axel Thieme (NPD) und Michael Brück („Die Rechte“) einer gemeinsamen Ratsgruppe an.

Diese Form der Bündnispolitik auf der Straße und in Kommunalparlamenten wird offenbar von einer breiten Vorstandsmehrheit getragen, ist aber nicht unumstritten. Anfang September 2016 erklärte die NRW-NPD zur Begründung dieser Strategie: „Die Unterstützung nationaler/patriotischer Zusammenschlüsse auf der Straße und die aktive Zusammenarbeit mit nationalen Kräften auf kommunalparlamentarischer Ebene sind Teil einer Strategie, die von weiten Teilen des Landesvorstandes getragen wird. In der heutigen Zeit ist es notwendig, den

Protest gegen die herrschenden Zustände möglichst breit aufzustellen, um dem Widerstand auch Gewicht zu verleihen.“²⁶

Unter dem eigenen NPD-Label führte die Partei 2016 lediglich zwei größere Veranstaltungen durch. Anfang April kamen rund 100 Anhänger zu einer Demonstration nach Essen. Sie stand unter dem Motto „Einmal Deutschland und zurück! Asylmißbrauch und Islamisierung stoppen!“. Im Monat darauf demonstrierte die NPD am 1. Mai mit rund 170 Teilnehmern zum „Tag der Arbeit“ unter dem Motto „Wir arbeiten, Fremde kassieren! Asylbetrug macht uns arm!“ in Bochum.

In den Aufrufen zu beiden Demonstrationen wurde gleich einleitend gefragt: „Wollen Sie in unmittelbarer Umgebung eines Asylantenheims leben?“²⁷ Viele Deutsche würden sich „zu Recht gegen die Unterbringung von Asylanten in ihrer Wohngegend“ wehren. Deren Zahl sei „seit der dreisten Erhöhung der Geldleistungen für Asylbewerber [...] dramatisch angestiegen“. Als „besonders skandalös“ wurde „die Unterbringung von Asylanten in Privatwohnungen, oder in Hotels und in Pflegeheimen, die eigens für die Asylbewerber geräumt werden mußten“, bezeichnet. Asylbewerberheime seien zudem „oft Hort der Kriminalität“. Dabei sei „der überwiegende Teil der Asylanträge [...] völlig unbegründet, da die Antragsteller in ihrer Heimat nicht verfolgt werden“. Abgeschoben würden sie in der Regel dennoch nicht: „Nach Jahren des illegalen Aufenthalts bringt es die linke Polit-

Schickeria nicht mehr übers Herz, die Scheinasylanten in ihre Heimat zurückzuführen und läßt sie ein Leben auf Steuerzahlers Kosten genießen.“

„Viele deutsche Landsleute leben an der Armutsgrenze bzw. haben diese bereits überschritten“, erklärte die NPD in ihren Demonstrationsaufrufen. Regelmäßig versucht sie, die Interessen dieser „deutschen Landsleute“ und die von Zugewanderten gegeneinander auszuspielen. In der Erklärung zu ihrer Bochumer Veranstaltung heißt es: „Wann kam die Landesregierung in diesem Zusammenhang z.B. darauf, Privatwohnungen für Obdachlose anzumieten? Richtig, gar nicht! Auch könnte man vorhandene Gelder besser in die Zukunft unserer Kinder investieren, um ihnen einen guten Start ins Leben zu sichern. Auch über vernünftige Arbeitsmarktprogramme würden sich die vielen Arbeitslosen in NRW sicherlich freuen, anstatt davor Angst haben zu müssen, welche neuen Schikanesanktionen die jeweiligen ‚Jobcenter‘ für sie bereithalten.“

Im Essener Aufruf wurde zudem notiert, die meisten Asylbewerber seien „keine politisch Verfolgten, sondern Wirtschaftsflüchtlinge, die es sich auf Steuerzahlers Kosten in der sozialen Hängematte gemütlich machen wollen“. Daher fordere die NPD:

- Asylmißbrauch stoppen! Abschaffung des einklagbaren Grundrechts auf Asyl!
- Einführung eines 48-Stunden-Asylverfahrens nach dem Vorbild der Schweiz!

- Keine Sozialleistungen für Asylbewerber!
- Abschiebung aller abgelehnten Asylbewerber!“

Die NPD sehe „dem Überfremdungstreiben der etablierten Systemparteien nicht tatenlos zu“. Das Bild, das die NPD von Asylbewerbern zeichnet – es ist das Bild vom „ungezügelterm Zustrom art- und kulturfremder Asylmassen“²⁸ und von „Sozialinvasoren“²⁹.

3.1.4 Aussagen zur Wahl

Nach seinem im März 2016 gefassten Grundsatzbeschluss zur Teilnahme an der Landtagswahl erklärte die NRW-NPD: Der Vorstand sei sich einig gewesen, „daß sich die Probleme in den Themenbereichen Asylflut/Überfremdung, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Bildungsmisere, €U-Wahn, etc. auch in diesem bzw. dem nächsten Jahr weiter verstärken werden und nur ein nationaler Politikwandel den ‚Karren noch einmal aus dem Dreck ziehen‘ kann.“³⁰ Zu erwarten ist, dass die Partei vor allem in diesen Themenfeldern – mit einem Schwerpunkt auf Asyl und Zuwanderung – vor der Wahl verstärkte Aktivitäten entfaltet.

Wiederholt wurde in den letzten Jahren in der Partei, aber auch unter „parteilosen“ Neonazis angezweifelt, ob es überhaupt sinnvoll und angeraten ist, trotz wahrscheinlich schwacher Ergebnisse bei Wahlen anzutreten. Vor der Landtagswahl 2012 hatte Cremer die Kandidatur unter an-

derem mit dem Hinweis begründet, es sei „wichtig, dass die NPD bei jeder Wahl auf dem Stimmzettel steht und so gegenüber der Bevölkerung eine Kontinuität ihrer Arbeit aufzeigt“.³¹

Erwartet werden darf, dass die Partei insbesondere mit Verteilaktionen in ihr aussichtsreich erscheinenden Stadtteilen, Infoständen und Kleinkundgebungen Wahlkampf betreiben wird. Auch eine Fortsetzung ihrer „Deutschlandfahrten“ dürfte auf dem Programm stehen: Dabei sind Funktionäre der Partei mit einem mit Bühnen-Equipment beladenen Lkw unterwegs, um an einem Tag in gleich mehreren Städten Kurzkundgebungen abhalten zu können.³² „Viel Aufsehen mit einem überschaubaren Einsatz“: So beschrieb Cremer das Konzept solcher „Deutschlandfahrten“. Insbesondere auf mediale Beachtung hofften die Funktionäre bei ihrer Tour. Cremer: „Die Kundgebungen auf zentralen Plätzen und die damit verbundene Medienöffentlichkeit sind unbezahlbar.“ Nicht ausgeschlossen ist schließlich, dass die NPD – etwa am 1. Mai – den erneuten Versuch einer zentralen Demonstration starten wird. Und nicht zuletzt dürfte die Partei versuchen, durch besonders provokante Äußerungen und Aktionen aufzufallen – ähnlich wie mit der Ankündigung, in der Silvesternacht 2016/17 eine Kundgebung am Kölner Hauptbahnhof abhalten zu wollen. Die Anmeldung war zwar von vornherein aussichtslos, versprach jedoch Schlagzeilen. Und tatsächlich konnte die NPD nach dem absehbaren Verbot resümieren: „Die

NPD hat durch Ihre Anmeldung eine massive Berichterstattung hervorgerufen, welche auch außerhalb von Deutschland wahrgenommen wird und wurde.“³³

3.2 Die Rechte

Die Partei „Die Rechte“ wurde im Mai 2012 in Hamburg von dem Neonazi Christian Worch unter anderem aus Resten der rechtsextremen DVU gegründet. Nachdem der NRW-Innenminister im August ein Verbot der Neonazi-Vereinigung „Nationaler Widerstand Dortmund“ sowie gegenüber weiteren Neonazi-Kameradschaften verfügt hatte, diente die Partei in NRW als neues parteipolitischen Dach der Aktivisten aus diesen verbotenen Vereinigungen. Unter dem Schutz des Parteienprivilegs setzten sie ihre zuvor in „partiefreien“ Gruppen begonnene Arbeit fort.³⁴

3.2.1 Parteistruktur in NRW

Bei einem Landesparteitag 2014 in Dortmund machte „Die Rechte“ deutlich, dass sie sich in NRW nicht als Partei im klassischen Sinne versteht, sondern eher als Sammelbecken der früheren Kameradschaften: Der Landesvorstand sei „in erster Linie eine Verwaltungseinheit“, die Kreisverbände hingegen genössen „vollständige Autonomie und sind sowohl für ihre inhaltliche, als auch ihre aktionistische Ausrichtung, selbst verantwortlich“, hieß es.³⁵

Auf der Internetseite des Landesverbandes werden örtliche bzw. regionale Gruppen der Partei für Dortmund, Hamm, Mülheim an der Ruhr/Esen (inklusive Kreis Wesel), Aachen, Heinsberg, Düsseldorf (inklusive Mettmann und Solingen), Wuppertal, den Oberbergischen Kreis, den Rhein-Erft-Kreis und Recklinghausen aufgeführt. (Noch) nicht genannt ist dort der Anfang 2016 gegründete Kreisverband Ostwestfalen-Lippe. Größter und tonangebender Kreisverband ist weiterhin der in Dortmund.

Für 2015 schätzte der NRW-Verfassungsschutz die Zahl der Mitglieder, Anhänger und Unterstützer bundesweit auf 500, davon mit 300 (20 mehr als 2014 und 50 mehr als 2013) der überwiegende Teil aus Nordrhein-Westfalen.³⁶

3.2.2 Personal

Im Bundesvorstand arbeiten als stellvertretender Vorsitzender der Dortmunder Christoph Drewer sowie als Beisitzer der ostwestfälische Kreisvorsitzende Sascha Krolzig und der Vorsitzende im Rhein-Erft-Kreis, Markus Walter mit.³⁷ Anfang August 2016 wählte „Die Rechte“ bei einem Landesparteitag Krolzig als neuen Landesvorsitzenden.³⁸ Landesvize blieb Michael Brück aus Dortmund.

2017 peilt die Partei eine Teilnahme an der Landtagswahl an. Der NRW-Vorstand habe einstimmig beschlossen, „die Landtagswahl ins Visier zu nehmen“, teilte Worchs Partei bereits im Februar 2015

mit.³⁹ Zehn Namen soll die Kandidatenliste umfassen.⁴⁰ Auf Platz eins tritt Kevin Koch an (früher „Nationale Sozialisten Wuppertal“). Auf Listenplatz zwei folgt der Dortmunder Neonazi Siegfried Borchardt. Als Dritter steht Daniel Grebe auf der Liste, Bezirksvertreter seiner Partei in Dortmund-Scharnhorst. Auf Platz vier kandidiert Sascha Krolzig. Daniel Borchert (Wuppertal) und Markus Walter (Rhein-Erft) folgen auf den Plätzen fünf und sechs.

In Dortmund stellte die Partei auch Wahlkreiskandidaten auf⁴¹, darunter den Alt-Hooligan und Ex-„Kameradschaft Dortmund“-Anführer Siegfried („SS-Siggi“) Borchardt und Stadtratsmitglied Michael Brück.

3.2.3 Kampagnen und Aktivitäten

Im vorigen Jahr versuchte „Die Rechte“ insbesondere in ihren aktiveren Kreisverbänden in Dortmund, Ostwestfalen, Wuppertal und im Rhein-Erft-Kreis, mit Kampagnen gegen Migranten im Allgemeinen und Flüchtlinge im Speziellen mobil zu machen. Dabei gehörten insbesondere Demonstrationen, „Mahnwachen“ und Verteilaktionen zum Aktionsrepertoire.

Immer wieder sind „Die Rechte“-Kreisverbände mit antiislamischen Tönen unterwegs. Schlagzeilenträchtigste Aktion war eine „Besetzung“ der Dortmunder Reinoldikirche. Acht Neonazis hatten sich im vorigen Dezember auf dem Turm der Kirche verbarrikadiert.⁴² Sie hängten ein meterlanges

Transparent mit der Aufschrift „Islamisierung stoppen!“ über die Brüstung, zündeten Bengalos und schossen Feuerwerk in den Himmel. Den „Besetzern“ waren zahlreiche Medienberichte gewiss. „Nicht nur ganz Dortmund, sondern die gefühlte, halbe Bundesrepublik“ spreche über die „symbolische Besetzung der Reinoldikirche“, feierten die Neonazis ihre Aktion.⁴³

Die Kirchturms-„Besetzung“ war nicht die erste Aktion Dortmunder Neonazis mit antiislamischer Stoßrichtung. Wiederholt agitierten sie in den letzten Jahren gegen den Bau einer Moschee im Stadtteil Hörde. Im Juni wurde sie eröffnet – „nach über 10 Jahren des Widerstands“, wie es auf der Internetseite „DortmundEcho“ hieß.⁴⁴ Einige Wochen zuvor war dort zu lesen gewesen, mit der Moschee werde „ein weiteres Stück zur Islamisierung Europas beigetragen, der die etablierten Politiker hilf- und / oder willenlos gegenüberstehen“.⁴⁵ Kritisiert wurde, dass die Lokalpolitik die Moschee als einen Beitrag zur Integration begrüßte: „Unabhängig von der Frage, ob Integration überhaupt gewünscht ist und nicht jeder Mensch seine Kultur erhalten sollte, statt zu einem identität[s]losen Völkerei vermischte zu werden, ist es jedoch sicherlich wenig integrationsfördernd, eine Moschee zu errichten, die durch ihre Größe ein soziales Umfeld bietet, das zur Abschottung gegenüber der nicht-muslimischen Bevölkerung geradezu einlädt.“

Doch nicht erst der Bau einer Moschee ruft antiislamische Ressentiments hervor.

Als die Dortmunder Graf-Konrad-Grundschule im Juli 2016 ein Ramadan-Fest vorbereitete, hieß es beim „DortmundEcho“, damit solle „allen Schülern, auch jenen christlicher oder atheistischer Herkunft, das islamische Glaubensritual aufgezwungen werden“.⁴⁶

Immer wieder versucht die Partei, angeblich „deutsche“ Interessen gegen die Interessen von „Ausländern“ auszuspielen. So behauptete die „Rechte“ im Rhein-Erft-Kreis, die etablierten Parteien sähen „ihr eigenes Volk offensichtlich nur noch als Melkkühe für fremde Interessen“ an: „Während aus den Deutschen jeder Cent herausgepreßt wird, sind Millionen Mehrkosten für Fremde den Verantwortlichen offensichtlich nur ein Achselzucken wert!“⁴⁷

Aus Sicht von Neonazis eignet sich beinahe jedes Thema dazu, auf der Klaviatur der Migrantenfeindlichkeit zu spielen. Zum Beispiel in den Schulen: Während Deutschland seine „integrationsunwillige, ausländische Unterschicht“ massiv vergrößere, würden die „verzweifelten Integrationsbemühungen“ dafür sorgen, dass auch das Bildungsniveau der deutschen Schüler leide.⁴⁸ „Während Millionen fließen, um Ausländern Deutsch beizubringen, die am Ende wohl trotzdem keinen produktiven Beitrag zur Gesellschaft leisten werden, spart man bei deutschen Schülern ein.“ Die Wuppertaler „Rechte“ griff die Klage von Eltern über fehlende Schulbücher und zu wenige Lehrer an der Schule ihrer Kinder auf.⁴⁹ „Während das Geld an einigen wichtigen

Stellen fehlt, gibt es an anderen offenbar mehr als genug davon.“ So stelle die Bundesregierung der Stadt Wuppertal 200.000 Euro für die Weiterbildung von „Asylanten“ zur Verfügung. „Die Rechte“: „Wer will und kann das noch verstehen? Verdient die einheimische Bevölkerung keine Bildung?“

In Kerpen griff die Partei die Diskussion über den Wegfall von Kinderspielplätzen auf, mit dem die Stadt auf ihre angespannte Etatsituation reagieren wollte.⁵⁰ „Es würden sich genug Einsparmöglichkeiten ergeben, wenn man die durchgehende Bevorzugung von Fremden einstellen würde“, befand „Die Rechte“. „Investitionen in deutsche Kinder sind eine Investition in unsere Zukunft – Investitionen in Scheinasylanten sind herausgeschmissenes Geld.“

Das Lied von den dauergeschröpften Deutschen und den bevorzugten „Ausländern“ stimmten nicht nur die Kreisverbände Rhein-Erft und Wuppertal an. „Die Rechte“ in Ostwestfalen-Lippe forderte bereits im Titel eines Beitrags: „Geld für deutsche Senioren statt für illegale Einwanderer!“⁵¹ Die „volksfeindlichen Machthaber“ würden „an allen Ecken und Enden“ sparen, „um die von ihnen verursachte Völkerwanderung irgendwie finanziell schultern zu können“. Zu leiden hätten „unsere alten und kranken deutschen Landsleute“, etwa unter der „Plünderung des Gesundheitsfonds“ und unter Einsparungen bei der Pflege. Deutsche würden „im eigenen Land zu Bürgern zweiter Klasse degradiert“.

Neonazistisches Dauerthema ist die Klage über eine „Überfremdung“. „Die Rechte“ im Rhein-Erft-Kreis meinte mit Blick auf einige Kölner Stadtteile, teilweise müsse man „nicht mehr von einer Überfremdung, sondern von einem nahezu abgeschlossenen Austausch sprechen“.⁵² Besonders wenn man sich die Zahlen bei den unter 18-Jährigen ansehe, werde deutlich, „was uns die Zukunft bringt. Und das wird immer so weitergehen, wenn wir die herrschenden Volksverräter nicht aus ihren Ämtern jagen!“

Der von ihr kritisierten „Multikriminalität“ setzt „Die Rechte“ häufig die Idee eines „Selbstschutzes“ entgegen, die nicht selten an Selbstjustiz erinnert. So bezeichnete es der ostwestfälische Kreisverband der „Rechten“ als „erfreuliche Nachricht“, dass „angesichts des immer deutlicher voranschreitenden staatlichen Kontrollverlustes“ immer mehr „deutsche Landsleute“ einen Kleinen Waffenschein beantragten.⁵³ „Wenn das Regime nicht mehr für unsere Sicherheit sorgen kann oder will, müssen wir Deutschen unseren Schutz selbst in die Hand nehmen.“ Mit Waffe und Waffenschein ist es nach Ansicht der Neonazis aber nicht getan: „Vor allem müssen wir auch mental darauf vorbereitet sein, die Waffe im Notfall tatsächlich einzusetzen und den Angreifer mit einem sauber platzierten Schuß außer Gefecht zu setzen.“ Einige Monate später erweiterte der Kreisverband seine Forderungen noch einmal. Demnach sollten „alle deutschen Landsleuten“ nicht nur Kleine Waffenscheine beantragen, die

dazu berechtigten, Gas- und Schreckschusswaffen mit sich zu führen, sondern auch „nach Möglichkeit“ auch Waffenbesitzkarten, die den Besitz bestimmter „scharfen“ Waffen erlauben.⁵⁴ Nachzulesen ist die Aufforderung zur Selbstbewaffnung in einem Text, dessen Autor die Einstellung eines Strafverfahrens gegen einen Jäger bejubelte, der einen Einbrecher durch einen Kopfschuss ums Leben gebracht hatte. Die zynische Überschrift: „Waidmannsheil: Jäger bringt kriminellen Asylanten zur Strecke“.

3.2.4. Aussagen zur Wahl

Ein zentrales „Landeswahlprogramm“ der Partei gibt es (noch) nicht. Dies erscheint nicht überraschend bei einer Partei, die ihren Kreisverbänden „vollständige Autonomie“ einräumt und den Landesverband lediglich als Verwaltungsinstantz begreift. Stellvertretend für die aktiven Kreisverbände in NRW dürfte aber „Die Rechte“ Ostwestfalen-Lippe stehen, die Ende Dezember 2016 unter dem Titel „Auf in das Kampffahr 2017“ die zu bekämpfenden Entwicklungen benannte.⁵⁵ „Nationale, völkische und rassistische Strukturen werden immer stärker vom Weltfeind angegriffen. Die Gegner unserer Weltanschauung haben eine Schneise der Verwüstung auf vielen Gebieten geschlagen“, heißt es einleitend. Als Elemente dieser „Verwüstung“ werden genannt:

- „Asyl-Tsunami und damit einhergehender Verlust des Sicherheitsgefühls durch immer neue Wellen von Verge-

- waltungen und Gewaltexzessen,
- islamische Anschläge durch von Merkel illegal ins Land gelassene Asylanten,
- Gender-Wahn,
- Ausländerintegration als Völkermordpraxis,
- induziertes Irresein der vermeintlichen Eliten durch Selbsthaß auf die eigene Art,
- abartige Angriffe auf die Meinungsfreiheit im Namen der Politischen Korrektheiten, die nichts anderes als Kulturmarxismus darstellen,
- Aufbau der EU-Diktatur, also Vorstufe der Welteinheitsregierungs-diktatur,
- Förderung von sexuellen Perversionen und Frühsexualisierung der Kleinsten an den Schulen,
- Geschichtslügen,
- Einführung einer Internet-Stasi 2.0 durch Maas und Kahane bei gleichzeitigem Verbreiten von linken Fake-News durch Lügenpresse und ‚Elektro-Zionisten‘ (TV- und Rundfunk-Geräte),
- Berufsverbote und
- ausuferndes Antifa-Verbrechertum mit täglichen Attacken, Brandanschlägen, Schmierereien etc.“

„Rassen und Völker“ würden „eine ideale Vollendung der Aufteilung der Menschen“ darstellen, meinte die ostwestfälische „Rechte“. „Leben diese Völker in Staaten, deren Grenzen weitestgehend mit denen ihrer Völker übereinstimmen, dann haben wir einen Idealzustand der staatlichen Struktur erreicht. In einer solchen idealen Volksgemeinschaft gibt es keine

multikulturellen Gesellschaften mit ihren endlosen Problemen, die zu immer neuen Konflikten, Auseinandersetzungen, Leid und Krieg führen.“

Das Jahr 2017 sei deshalb so entscheidend, weil „in diesem Jahr Weichen gestellt werden, die konsequent zu Ende gedacht über Leben und Tod des deutschen Volkes mitentscheiden“ würden. Wenn es nicht gelinge, „die Volksverräter bloßzustellen, ihre heuchlerischen Masken herunterzureißen, ihre Lügen und dummen Worthülsen und ihre dreisten infamen Rabulistikern zu entlarven, dann werden sie die Zeit nach den Wahlen in Deutschland 2017 nutzen, um ihr Vernichtungswerk zu Ende zu führen“. Deutschland werde dann „endgültig zu einem multikulturellen Moloch verkommen, in dem es dann mit viel Glück nur noch vereinzelte mitteldeutsche Enklaven mit evtl. noch weitgehend homogenen ethnisch unvermischem Deutschtum gibt“. Aber auch dort sei es dann nur noch eine Frage sehr kurzer Zeit, „bis die Walze auch dort den Volkstod gebracht haben wird“.

Als Mittel, „um das Volk wachzurütteln“, empfiehlt der ostwestfälische „Die Rechte“-Kreisverband „das Niederschreien von Volksverrättern bei ihren Wahlkampfauftritten im nächsten Jahr, das zeitweise symbolische ‚Besetzen‘ von zentralen Bauwerken, Kirchen, Bahnhöfen, Parteizentralen oder Zeitungsredaktionen“. Demonstrationen und „Kulturveranstaltungen“ könnten weitere Instrumente sein.

Ganz praktisch empfiehlt sich die ostwestfälische „Rechte“ im Vorfeld der Landtagswahl als „Abschiebepartei Nr. 1“: „Wir Deutschen müssen selbst wissen, wie lange wir uns noch von Kriminellen, Betrügnern und Schlägnern aus aller Herren Länder auf der Nase herumtanzen lassen – und wann wir endlich den ganz groben Besen rausholen wollen, um in unserem Land Sicherheit, Recht und Ordnung herzustellen“ schrieb der Kreisverband Ende 2016.⁵⁶ „Wenn wir gewählt werden, stehen die Busse, Züge und Flieger nicht mehr still, dann wird abgeschoben im Akkord, sieben Tage die Woche und 24 Stunden am Tag. Unser Wahlversprechen an das deutsche Volk: Wir schieben ab!“

Seit dem Verbot der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) im Jahr 1995 war keine Rechtsaußenpartei so ungeschminkt militant und neonazistisch aufgetreten wie der nordrhein-westfälische Landesverband der Partei „Die Rechte“ im Bundestagswahlkampf 2013. Das Ergebnis war freilich desaströs: Gerade einmal 0,02 Prozent holte „Die Rechte“ in NRW. Sogar in ihrem „besten“ Wahlkreis in Dortmund sprangen gerade einmal verschwindend geringe 0,085 Prozent heraus.⁵⁷

Dennoch sind ähnlich aggressive Auftritte und Aktionen der Partei auch in diesem Jahr zu erwarten. Damit, dass das Wahlergebnis erneut äußerst bescheiden ausfallen dürfte, hat sich die Partei offenbar bereits abgefunden. Auf der Internetseite „DortmundEcho“ hieß es, „gemessen an

der aktuellen ‚Konkurrenz‘ im politischen Lager ‚rechts der CDU‘ werde der Wahltritt „auf Landesebene sicherlich nicht zu einem Prozentergebnis führen, welches Rekorde zu sprengen vermag“. ⁵⁸

3.3 Der III. Weg

Ähnlich wie die Neonazi-Partei „Die Rechte“ ist auch die Partei „Der III. Weg“ ein Sammelbecken für Aktivisten aus anderen rechtsextremen Parteien und verbotenen Neonazi-Vereinigungen. „Der III. Weg“ wurde im September 2013 von ehemaligen NPD-Mitgliedern gegründet, von denen ein Großteil in Rheinland-Pfalz aktiv war. Zudem sind in der Kleinpartei frühere Mitglieder der im Juli 2014 verbotenen Neonazi-Vereinigung „Freies Netz Süd“ aktiv. Öffentliche Aufmerksamkeit erzielte „Der III. Weg“ durch eine bei Google eingestellte Landkarte, auf der bundesweit Orte von Flüchtlingsunterkünften verzeichnet waren. Die Partei tritt aggressiv-neonazistisch in Erscheinung. Dem „III. Weg“ gehörten Ende 2015 nach einer Schätzung des Verfassungsschutzes bundesweit rund 200 Mitglieder an. Gegliedert ist die Partei derzeit in drei „Gebietsverbände“: Süd, Mittel und West. Zu ihnen gehören wiederum regionale „Stützpunkte“. ⁵⁹

3.3.1 Parteistruktur in NRW

Mitte November 2016 gründete sich in Koblenz ein „Gebietsverband West“. ⁶⁰ Er soll die „Stützpunkte“ aus NRW, Rheinland-

Pfalz und Hessen umfassen. Aus Nordrhein-Westfalen sind dies bisher zwei Stützpunkte „Hermannsland“ und „Sauerland-Süd“.

Anfang Oktober 2014 wurde der „Stützpunkt Hermannsland“ gegründet, der nach Angaben der Partei „das Gebiet im Raum Bielefeld, Paderborn, Teutoburger Wald“ umfassen soll. Der Einzugsbereich reicht aber bis ins benachbarte Niedersachsen hinein. ⁶¹ Ende 2015 folgte die Gründung des „Stützpunkts Sauerland-Süd“ mit Schwerpunkt im Kreis Olpe. Mit dem Aufbau weiterer „Stützpunkte“ in NRW ist zu rechnen.

3.3.2 Personal

Wer bei den beiden NRW-„Stützpunkten“ Regie führt, hält die Partei geheim. Bekannt ist aber, dass der Olper Neonazi Julian Bender als Vorsitzender des neuen „Gebietsverbandes Mitte“ fungiert. Er hat auch eine führende Rolle im „Stützpunkt Sauerland-Süd“ inne.

3.3.3 Ziele, Kampagnen und Aktivitäten

Die sich als „national, revolutionär und sozialistisch“ verstehende Partei propagiert einen sogenannten „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus, den sie in historischer Anlehnung an den angeblich „linken“ Flügel und an die Propaganda der NSDAP als „Deutschen Sozialismus“ bezeichnet.

Im Gegensatz zur Partei „Die Rechte“ wird deutlich mehr Wert auf die „Qua-

lität“ ihrer Mitglieder gelegt, es gilt das Prinzip „Klasse statt Masse“. Den elitären Anspruch der Partei als Organisation „gefestigter“ Neo-Nationalsozialisten machte Bender in seiner Rede als neuer Vorsitzender des „Gebietsverbandes Mitte“ einmal mehr deutlich. Er habe die Bedeutung eines „stetigen Strukturaufbaus“ betont, doch zugleich „zu einem natürlichen Wachstum“ gemahnt, hieß es in einem Bericht des „III. Weges“ über das Gründungstreffen. „Einzig die Stimme des Blutes“ sei es, die die Partei führe, denn man sei „kein Auffangbecken für Egozentriker, Spalter, Mitläufer oder sonstige Minusmenschen“, erklärte Bender demnach.

Der Stützpunkt „Sauerland-Süd“ fiel bisher insbesondere durch Infostände in der Kreisstadt Olpe und in Lennestadt-Altenhundem sowie eine Kundgebung in Siegen auf. Dabei ging es ihr unter anderem um einen „drohende(n) Volkstod, ausgelöst durch eine nicht enden wollende Masseneinwanderung von kultur- und volksfremden Ausländern, unterstützt von einem Vassallenstaat namens BRD“. ⁶²

3.3.4 Aussagen zur Wahl

Der „III. Weg“ tritt bei der Landtagswahl nicht an.

3.4 Die „pro“-Parteien

Der Ursprung der „pro“-Gruppierungen liegt in der Gründung der „Bürgerbewegung pro Köln“ im Jahr 1996 nach dem Nieder-

gang der rechtsextremen „Deutschen Liga für Volk und Heimat“. Im Jahr 2005 wurde „pro Deutschland“ gegründet und im Jahr 2007 „pro NRW“. Zentrales Merkmal der extrem rechten „pro“-Gruppierungen ist ihr exzessiver antimuslimischer Rassismus. Mittels rassistischer Kampagnen und eines medienwirksamen Rechtspopulismus konnte die Partei bis zum Aufkommen der rechtspopulistischen AfD große öffentliche Aufmerksamkeit in NRW erzielen und über etliche Jahre eine Schlüsselrolle im Rechtsaußenspektrum einnehmen. ⁶³

3.4.1 Parteistruktur in NRW

Die Szene der rechtspopulistischen „pro“-Gruppierungen mit den als „Bürgerbewegungen“ firmierenden Kleinparteien „pro NRW“ und „pro Deutschland“ präsentiert sich seit zwei Jahren tief zerrüttet. Gleich mehrere Konfliktfelder führten 2015 zu einer Spaltung bei „pro NRW“. Strittig war vor allem die richtige Strategie der Partei. Zudem wurde zunehmend Kritik am Machtanspruch des Parteivorsitzenden Markus Beisicht laut. Ein großer Teil der früheren „pro NRW“- Funktions- und Mandatsträger, darunter Ex-Parteivize Markus Wiener – verließ die Partei, um zu „pro Deutschland“ zu wechseln. Der NRW-Verfassungsschutz schätzte in seinem Jahresbericht für 2015 die Zahl der Mitglieder von „pro NRW“, „pro Köln“ und „pro Deutschland“ bei sinkender Tendenz auf insgesamt nur noch 900. Abzüglich der Doppelmitgliedschaften waren es demnach sogar nur noch rund 800. ⁶⁵

Bei den Landtagswahlen 2010 und 2012 hatte „pro NRW“ den Einzug ins Parlament zwar mit 1,4 und 1,5 Prozent sehr deutlich verfehlt, schnitt aber klar besser als die extrem rechte Konkurrenz von der NPD. Zur Bundestagswahl 2013 trat „pro NRW“ nicht an. Die von ihr massiv kritisierte Kandidatur von „pro Deutschland“ bei jener Wahl hatte ein desaströses Ergebnis zur Folge: In NRW kam die Partei auf lediglich 0,2 Prozent.

3.4.2 Personal

Besiegelt wurde der Prozess der Spaltung durch Parteitage von „pro Deutschland“ und „pro NRW“. Ende Oktober 2015 gründete sich der „pro D“-Landesverband.⁶⁵ Erster Vorsitzender wurde Markus Wiener, dessen Amt inzwischen Christoph Heger übernommen hat.⁶⁶

„Pro NRW“ komplettierte im Dezember 2015 seinen Parteivorstand, der wegen der zahlreichen Austritte ausgedünnt war.⁶⁷ Unter anderem füllten drei ehemalige NPD-Mitglieder die personellen Lücken, darunter der ehemalige NPD-Landesvize Timo Pradel und Ex-NPD-Landesvorstandsmitglied Thorsten Crämer.

3.4.3 Kampagnen und Aktivitäten

Seit der Gründung von „pro NRW“ im Jahre 2007 versucht die Partei mit antiislamischen Kampagnen zu punkten. 2008 und 2009 machte sie mit sogenannten „Anti-islamisierungskongressen“ Schlagzeilen. Im Landtagswahlkampf 2012 provozierte

die „Bürgerbewegung“ mit einer Kundgebungsserie vor zwei Dutzend Moscheen.⁶⁸

In den beiden letzten Jahren fiel die Partei dadurch auf, dass die Scheu, mit noch weiter rechts stehenden Gruppierungen und Personen aufzutreten, schwand. Dies war auch ein Resultat eigener personeller Schwäche. Zu den neuen Partnern gehören Teile des rechten Hooligan-Spektrums, Pegida-Anhänger, aber auch ehemalige oder noch immer aktive NPDler.

3.4.4 Aussagen zur Wahl

Keine der beiden Parteien tritt bei der Landtagswahl in NRW an vor allem, da man sich angesichts der Konkurrenz durch die AfD keinerlei Chancen ausrechnet.⁶⁹ Nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2016, bei der „pro D“ lediglich auf 0,4 Prozent gekommen war, erklärte Rouhs, man werde „künftig mehr Bürgerbewegung und weniger Partei“ sein. Zu einer Konzentration auf Kreistage und Stadträte riet der „pro NRW“-Vorsitzende Markus Beisicht seiner Partei nach der Berliner Wahl. Beisicht: „Ich empfehle der Partei, sich nun strategisch auf die Kommunalpolitik zu konzentrieren und dort weiterhin freiheitliche Duftmarken zu setzen.“ Oberhalb der kommunalen Ebene gelinge es der AfD, „das freiheitliche Wählerspektrum fast vollständig abzudecken“.

3.5 Die Republikaner

Die Republikaner (REP) sind eine im Jahr 1983 gegründete Rechtsaußenpartei. Zwischen den Jahren 1992 bis 2006 wurden sie in den Verfassungsschutzberichten unter der Rubrik Rechtsextremismus aufgeführt. Zur Zeit der damaligen Asyldebatte Ende der 1980er profitierten die REP bei Wahlen von ihrer rassistischen Propaganda. Ihre zeitweilige Diskurshegemonie im Parteienlager des rechten Randes konnten die REP jedoch nicht halten: In der Folgezeit verlor die Partei massiv an Wählerstimmen und Mitgliedern. Aktuell versuchen die REP, ihrem Niedergang durch politische Radikalisierung entgegenzuwirken.⁷⁰

3.5.1 Parteistruktur in NRW

Bundesweit zählten die REP Ende 2014 nur noch 4.500 Mitglieder.⁷¹ Damit dürften dem nordrhein-westfälischen Landesverband zu diesem Zeitpunkt bei sinkender Tendenz schätzungsweise etwas mehr als 1000 Mitglieder angehört haben. Organisatorische Schwerpunkte der Partei sind in NRW, Bayern und Baden-Württemberg zu finden.

In Nordrhein-Westfalen ist die Partei insbesondere in der Landeshauptstadt Düsseldorf aktiv. Regelmäßige Aktivitäten sind zudem in Essen, Wuppertal und Ostwestfalen wahrnehmbar. Vereinzelt wurden zudem Veranstaltungen in Bochum und Dortmund angekündigt. Offenbar wegen internen Differenzen kam die Parteiarbeit in Köln und Duisburg wieder zum Erliegen.

Ratsmitglieder stellt die Partei in Düsseldorf, Duisburg, Wuppertal, Alsdorf und Porta Westfalica.⁷² In der Städteregion Aachen gehört zudem ein REP-Vertreter dem Regionalrat an.

Insbesondere im Ruhrgebiet stellte die Partei im vorigen Jahr die Reaktivierung bzw. den Neuaufbau in einigen Kreisverbänden in Aussicht. So waren für Ende Dezember „größere Verteilungen“ in „mehreren Ruhrgebietsstädten“ angekündigt.⁷³ Damit werde auch „ein erster Schritt in Richtung der anstehenden Landtagswahlen vollzogen“. Bereits im August hatte die Partei einen Strukturausbau angekündigt: „Mit Veranstaltungen und großflächigen Verteilungen stellen die nordrhein-westfälischen Republikaner ihre Vorstellungen den Bürgerinnen und Bürgern im Ruhrgebiet vor. Ziel ist die Werbung von Mitgliedern und der damit verbundene Ausbau der Kreisverbände.“⁷⁴ Als Schwerpunkte wurden Herne, Gelsenkirchen und Oberhausen genannt. „Zusätzliche Werbeaktionen, die bereits jetzt mit einem Mitgliederzuwachs belohnt wurden“, führe der Dortmunder Kreisverband durch. Auch im Kreisverband Essen werde „verstärkt geworben, um die lokale Aktionsfähigkeit zu erhöhen und damit den Wählern eine echte Wahlalternative zu bieten“. Im November hieß es, der Bochumer Kreisverband sei nach personellem Wachstum „jetzt eigenständig handlungs- und kampagnenfähig“. Langfristig sei dort für das Jahr 2020 der Antritt zu den Kommunalwahlen geplant.⁷⁵

Aber auch außerhalb des Ballungsgebiets an der Ruhr will die Partei wieder aktiver werden. So wurde Mitte Dezember 2016 unter der Überschrift „Republikaner jetzt auch wieder im Kreis Mettmann“ berichtet, es habe sich „eine Gruppe von Mitgliedern gefunden, die künftig im Kreis wieder für unsere Partei aktiv werden will“. Neben Verteilungen stünden auch Informationsabende auf dem Programm, „um den Verband schrittweise zu vergrößern“.⁷⁶

Die Partei verzeichnet seit Jahren einen anhaltenden Abwärtstrend bei den Wahlergebnissen. Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die Partei 2013 nur noch 0,2 Prozent, bei der Europawahl im Jahr darauf 0,4 Prozent. Bei den 16 Landtagswahlen seit 2012 traten die REP in zehn Fällen gar nicht erst an. In fünf Ländern erreichten sie gerade einmal Ergebnisse zwischen 0,2 und 0,3 Prozent. In Bayern blieben sie 2013 knapp unter der finanziell bedeutsamen Ein-Prozent-Marke. Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung erhalten die REP mittlerweile nicht mehr.

3.5.2 Personal

Seit einem im vorigen Jahr abgehaltenen Bundesparteitag haben Funktionäre aus NRW faktisch das Sagen in der Partei. Aus Nordrhein-Westfalen stammt auch der neue Bundesvorsitzende: der erst 25-jährige Kevin Krieger aus Pulheim bei Köln. Der Rheinländer gehört als Landesjugendbeauftragter dem Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen an und kandidiert bei der

Landtagswahl auf Platz 1 der REP-Liste. Als Bundesvorsitzender trat er die Nachfolge von Johann Gärtner an, der seit 2014 Chef der Partei war. Nach Angaben aus Kreisen der Partei wurde er – ohne Gegenkandidat – mit einer knappen 37:36-Stimmen-Mehrheit und auch erst in einem zweiten Wahlgang gewählt. Vor seinem Engagement für die REP war Krieger für „pro NRW“ und NPD aktiv. Neben Krieger arbeiten fünf weitere Nordrhein-Westfalen im zehnköpfigen Vorstand mit: Andre Maniera als stellvertretender Vorsitzender, Tatjana Bahtiri als Schatzmeisterin, Thomas Kik als Schriftführer, Werner Renner als dessen Stellvertreter sowie Ralf Goertz als Beisitzer. Zwei weitere Beisitzer kommen aus Bayern, je einer aus Baden-Württemberg und Thüringen.

Als Landesvorsitzender steht Andre Maniera den NRW-REP vor. Als stellvertretende Vorsitzende amtieren Thomas Kik, Ralf Goertz und Karl-Heinz Fischer.⁷⁷

Anfang Mai letzten Jahres nominierte die Partei in Düsseldorf ihre Kandidatenliste für die Landtagswahl. Via Facebook wurde lediglich mitgeteilt, dass Kevin Krieger die Liste anführe und „die Schieflage des Sozialsystems (...), das anhaltende Asyldester und die Islamisierung unseres Landes“ Schwerpunkte des Wahlkampfes würden.⁷⁸ Zu den weiteren Kandidaten meldete die Partei in einem Text auf ihrer Internetseite, der mittlerweile nicht mehr online ist, lediglich: „Im weiteren Verlauf folgen Mitglieder aus allen Teilen des

Landes und lokale Mandatsträger, wie die Stadträte Kik, Dr. Marsch, Maniera und Fischer.“ Kik, Marsch und Maniera sind Ratsmitglieder in Wuppertal, Porta Westfalica und Düsseldorf, Fischer ist Mitglied einer Bezirksvertretung in Düsseldorf. Die vier gehören allesamt zur Gruppe langjähriger REP-Funktionäre.

Neuzugänge aus den Reihen von „pro NRW“ und „pro Köln“ wurden nicht als Kandidaten genannt. Zu dieser Gruppe gehört das Duisburger Ratsmitglied Mario Malonn, aber auch der mittlerweile als Kölner Kreisvorsitzender ausgeschiedene Thomas Weber. Der amtierende Vorstand und die Gruppe um Malonn sind tief zerstritten. Weber nannte den neuen REP-Spitzenmann Krieger einen „notorischen Lügner“ und „großen Faker“, der „bis jetzt immer politisch versagt“ habe.⁷⁹

3.5.3 Kampagnen und Aktivitäten

Auf ihrer Internetseite definieren sich die REP als „freiheitlich-konservative Partei, die sich für die eigene Bevölkerung in unserem Land einsetzt“. Nach einem Bekenntnis „zu unserer Heimat“⁸⁰ und der Formulierung, man lehne „jede Form von Extremismus ab“, folgt die Aussage: „Patriotismus und die Verbundenheit zum eigenen Volk sind kein radikales Gedankengut, sondern fester Bestandteil einer gesunden Nation.“ Man trete „für den Erhalt unserer Kultur und Identität ein. Heute ist es nötiger denn je, dass wir uns geschlossen gegen den Austausch unserer Bevölkerung wehren und

die Politik der Altparteien durch eine starke republikanische Opposition bremsen“. Die REP würden sich als „kritische Partei“ von „den Altparteien keinen politischen Maulkorb verpassen“ lassen. Die Kernelemente rechtspopulistischer Argumentationsweisen sind hier größtenteils versammelt.

Entsprechend gestalteten sich auch einige der Kampagnen:

In Düsseldorf, wo im September 2016 zum Beispiel eine Kundgebung unter dem Motto „Sicherheit statt Asylchaos“⁸¹ stattfand, geht es bei REP-Veranstaltungen vorzugsweise um die Aufnahme abschätzig so genannter „Asylanten“. Im Stadtteil Lörick etwa wollten die „Republikaner“ mit Infoständen zeigen, „dass sie in ihrer berechtigten Ablehnung der Zuweisungsvorhaben politische Unterstützung erhalten“⁸² Viele Anwohner hätten „berechtigte Ängste, denn diese Form der Zuweisung stellt nicht nur einen erheblichen Eingriff in die Wohn- und Lebensqualität dar, sondern lässt eine Gettobildung in dem Stadtteil zu“.

In Monheim machte die Partei Front gegen die Bereitstellung von zwei Grundstücken durch die Stadt, auf denen Moscheen gebaut werden sollen. Im Juli 2016 berichteten die REP über eine „Mahnwache“ der Partei am Rande einer städtischen Infoveranstaltung.⁸³ Landesvize Fischer warnte dabei diesem Bericht zufolge vor einer „Verscherbelung von Gemeindeseigentum, nur um sich die Gunst anderer Kulturen zu erkaufen“. Landtags-Spitzenkandidat

Krieger habe „umfangreich“ aufgezeigt, „warum Monheim nicht noch mehr Islam braucht.“ Die REP werden in dem Beitrag als „Sprachrohr der schweigenden Mehrheit“ bezeichnet, die sich „nicht das Recht auf Kritik nehmen lassen“. Spätestens 2017 könnten auch die Bürger in Monheim ein deutliches Zeichen gegen diese Politik setzen, in dem sie die „Republikaner“ wählen.

Wie andere Rechtsaußenparteien wollten auch die REP von den Silvesterübergriffen der Jahreswende 2015/16 propagandistisch profitieren. Eine für den Silvestertag 2017 angemeldete Kundgebung am Kölner Dom wurde jedoch verboten, was die Partei mit der Aussage „Rechtsstaat kapituliert vor dem Mob“ quittierte.⁸⁴ Man habe, so die REP, „den Opfern der Silvesternacht gedenken“ wollen. Tatsächlich dürfte es der Partei darum gegangen sein, vom breiten öffentlichen und medialen Interesse zu profitieren. Der NPD etwa war es mit ihrer Kundgebungsankündigung gelungen, eine Vielzahl von Medienberichten zu generieren. Den REP gelang dies hingegen nicht.

3.5.4 Aussagen zur Wahl

Ein Programm mit Wahlaussagen hat die Partei bis dato noch nicht veröffentlicht. Einige Grafiken, die die Partei auf ihrer Facebookseite veröffentlichte, liefern aber Hinweise, dass es ihr insbesondere um diese Themenkomplexe gehen dürfte:

- Islam: „Landtagswahl 2017 in NRW – Ihre Stimme gegen die Islamisierung unserer Heimat“⁸⁵,

- Migration: „Kevin Krieger: Fördern wir unsere Familien statt eine Zuwanderung ohne Zukunft!“⁸⁶ und „Rückführung statt Zuwanderung – Wir wollen nicht weiter ‚bereichert‘ werden“⁸⁷,
- Spaltung der Gesellschaft längs „nationaler“ Kategorien: „2,6 Millionen unserer eigenen Bürger gelten in NRW als arm, aber geholfen wird primär anderen“⁸⁸,
- pro rigide Abschiebepolitik: „Rot-grüne Politik in NRW – Über 330.000 Asylanten u. Flüchtlinge in 24 Monaten, aber nur 8.200 Abschiebungen“⁸⁹.

An den Wahlurnen hatten die REP bei den Landtagswahlen des vorigen Jahres in Baden-Württemberg (von 1,1 im Jahr 2011 auf nun 0,3 %) und Rheinland-Pfalz (von 0,8 im Jahr 2011 auf nun 0,2 %) vor allem unter den Erfolgen der AfD zu leiden. Vermutet werden kann, dass sich dieser Abwärtstrend auch in NRW fortsetzt – allerdings auf noch niedrigerem Niveau: Bei ihrer letzten Landtagskandidatur 2010 hatten die REP nur 0,3 Prozent erzielt.

3.6 AfD

Die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) wurde im Februar 2013 gegründet. Sie ist der rechtspopulistischen Parteienfamilie zuzuordnen.⁹⁰ Im Laufe ihres bislang kurzen Werdegangs hat sie große Wahlerfolge erzielen können und ist aktuell in zehn Landesparlamenten vertreten. Während sie anfangs das Euro-Thema in

den Vordergrund stellte, hat sie mittlerweile den Weg hin zu einer radikal rechts orientierten Anti-Einwanderungs-Partei eingeschlagen.⁹¹

3.6.1 Parteistruktur in NRW

Die NRW-AfD bildet mit derzeit deutlich mehr als 4.200 Mitgliedern (Stand Mitte 2016: 4.150) den größten Landesverband der Partei bundesweit. Seit Gründung der Partei im Frühjahr 2013 führte NRW, was die Mitgliederzahl anbelangt, stets das parteiinterne Ranking an. Der Landesverband ist in fünf Bezirksverbände gegliedert, die den Grenzen der Regierungsbezirke entsprechen. In den Großstädten und Landkreisen ist er flächendeckend vertreten. Unter den Interessengemeinschaften und anderen parteiinternen Arbeitsgemeinschaften – auf der Internetseite des Landesverbandes werden das Mittelstandsforum (MSF), die Alternative Vereinigung der Arbeitnehmer (AVA), die Alternative öffentlicher Dienst (AÖD), die Alternative für Kommunalpolitik (AfK) und die „Junge Alternative“ (JA) aufgeführt⁹² – ist die JA, die Jugendorganisation der Partei, die mit Abstand aktivste.

Bei den beiden bundesweiten Wahlen in der Aufbauphase der Partei erreichte der Landesverband allerdings nur Ergebnisse deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Bei der Bundestagswahl im September 2013 kam die AfD in NRW auf 3,9 Prozent, bundesweit auf 4,7 Prozent. Bei der Europawahl im Mai 2014 erzielte die AfD

deutschlandweit 7,1 Prozent, in NRW aber nur 5,4 Prozent. Aus NRW zog der spätere AfD-Landesvorsitzende Marcus Pretzell, der auf dem siebten Platz der AfD-Bundesliste kandidiert hatte, ins EU-Parlament ein.

Bei den am selben Tag stattfindenden Kommunalwahlen in NRW errang die Partei 89 Mandate in 41 Kreistagen und Stadträten kreisfreier Städte (von 54 Kreistagen und Großstadt-Räten), 47 Mandate in 23 kreisangehörigen Städten und Gemeinden (von 373), außerdem 54 Sitze in den Bezirksvertretungen der großen Städte.⁹³ Vor allem wegen des Rechtstrends der Partei und – damit verbunden – des Verlusts des wirtschaftsliberalen Flügels hatte sie bis Mitte 2016 etwa ein Drittel dieser Mandate wieder verloren.

3.6.2 Personal

Quantitativ ist die Repräsentanz des NRW-Landesverbandes in den Führungsgremien der AfD auf Bundesebene eher schwach ausgeprägt. Im 13-köpfigen Bundesvorstand ist das einwohnerstärkste Bundesland überhaupt nicht vertreten. Mit dem Soester Berengar Elsner von Gronow stellt NRW lediglich einen der beiden Vorsitzenden des Bundeskonvents (des höchsten Gremiums zwischen den Parteitagern), mit Sven Tritschler (Köln) einen der beiden Bundesvorsitzenden der „Jungen Alternative“ und mit Thomas Röckemann (Minden) einen von sechs Bundesschiedsrichtern der AfD.⁹⁴

Über besonderen Einfluss auf die Bundespartei verfügt der Landesverband dennoch:

- einerseits wegen seiner Größe; immerhin kommt fast jedes fünfte Mitglied aus NRW,
- andererseits weil mit Marcus Pretzell einer der beiden Landesvorsitzenden der engste Bündnispartner von Bundessprecherin Frauke Petry ist, für die der Landesverband in NRW neben dem im heimischen Sachsen mittlerweile die wichtigste Machtbasis in den nicht seltenen internen Auseinandersetzungen darstellt.⁹⁵

Auseinandersetzungen über die politische Orientierung der AfD in Nordrhein-Westfalen wurden stets über Personalfragen ausgetragen. In der Aufbauphase des Jahres 2013 wurde der Landesverband durch den in Münster lehrenden Dortmunder Wirtschaftswissenschaftler Alexander Dilger geleitet, der sich am neoliberalen Kurs von Partei(mit)gründer Bernd Lucke orientierte. Er gab bereits Ende 2013 das Amt wieder ab; nach der Spaltung der AfD im Sommer 2015 verließ er die Partei.

Zu kämpfen hatte Dilger in NRW mit einem starken rechten Flügel, der insbesondere durch seinen Stellvertreter Martin Renner (Haan, Kreis Mettmann) repräsentiert wurde. Für parteiinternen Ärger hatte gesorgt, dass Renner sich früh für eine Zusammenarbeit mit anderen rechtspopulistischen Gruppierungen in Europa – konkret: der britischen „United Kingdom

Independence Party“ (UKIP) – eingesetzt hatte. Renner, der sich rühmt, einer der Mitbegründer der Partei zu sein und auch deren Namen und Logo entwickelt zu haben, wurde zwar Ende 2013 bei einem Landesparteitag in Arnsberg aus dem Vorstand abgewählt, seinen späteren Wiederaufstieg in der nach rechts gewendeten Partei konnte das aber nicht verhindern.

In Opposition zu Lucke machte sich auch Pretzell in der Partei einen Namen. Beim AfD-Parteitag, der ihn Anfang 2014 als Kandidaten bei der Europawahl nominierte, erklärte er demonstrativ seine Ablehnung gegen die Bildung einer gemeinsamen Fraktion mit den britischen Konservativen, die Lucke favorisierte. Pretzell warf den „Tories“ vor, sie würden mit „germanophoben“ Parteien in Polen und Tschechien zusammenarbeiten.⁹⁶

Zeitweise gehörte Pretzell auch dem AfD-Bundesvorstand an. Bei einem Bundesparteitag im März 2014 unterlag er bei der Wahl eines stellvertretenden Bundessprechers nur knapp gegen den von Lucke favorisierten Industriellen Hans-Olaf Henkel, wurde später aber als Beisitzer gewählt. Das Mandat gab er jedoch nach etwas mehr als einem halben Jahr schon wieder ab. Der Europaabgeordnete galt in der Parteispitze als schärfster Kritiker von Lucke.

Zwischenzeitlich hatte Pretzell eine neue Machtbasis gefunden. Im Juni 2014 war er als – damals alleiniger – Landesvor-

sitzender an die Spitze der NRW-AfD gewählt worden. In den folgenden Monaten und insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2015 wurde der nordrhein-westfälische Landesverband unter seiner Regie zu einer der westdeutschen Hochburgen der Lucke-Gegner.

Dabei musste sich Pretzell vor allem in der ersten Jahreshälfte 2015 einer parteiinternen Opposition erwehren, die sich auf Lucke stützen konnte. Seine Gegner hielten ihm vor allem seine unklaren finanziellen Verhältnisse vor, die sogar zu einer vorübergehenden Pfändung des nordrhein-westfälischen Parteikontos durch das Finanzamt Bielefeld geführt hatten; unklar war damals zudem, wo Pretzell lebte beziehungsweise wo er gemeldet war. „Private chaotische Zustände“ nannte Pretzell als Ursache für seine Probleme mit den Steuerbehörden. Aus Protest gegen Pretzell legten Anfang Mai 2015 dessen drei Stellvertreter ihre Ämter nieder. Der damalige Landesvize Hermann Behrendt erklärte bei einem Parteitag in Siegen, ihn, Behrendt, würden „möglicherweise andere Maßstäbe leiten“, was „Anstand und Ehrlichkeit“ anbelange.⁹⁷

Schlagzeilenträchtig verlief jener Siegener Landesparteitag aus einem weiteren Grund. Unter teils chaotischen Umständen wurden dort Delegierte für einen Bundesparteitag bestimmt.⁹⁸ Wahlverfahren und -ergebnis – durchgesetzt hatten sich auf den vorderen Plätzen ganz überwiegend Gefolgsleute von Pretzell und Petry – waren heftig umstritten. Manipulationsvorwürfe

wurden laut. Im Lucke-Lager konnte man jubeln angesichts des Desasters, das dessen Gegner angerichtet hatten: „Unabhängig von einer rechtlichen Bewertung: So etwas hat die Parteiengeschichte entwickelter Demokratien wohl noch nie zuvor gesehen.“

Trotz aller Hindernisse setzte sich das Lager Petry/Pretzell bei einem Bundesparteitag im Sommer 2015 in Essen jedoch durch, unterstützt von der „Patriotischen Plattform“, einer Gruppe am äußersten rechten Rand der AfD, und der völkisch-nationalistischen Initiative „Der Flügel“ rund um Thüringens Landes- und Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke. Pretzell gab bei der Zusammenkunft von etwa 3.500 Mitgliedern den Ton vor, als er sein Grußwort als gastgebender Landesvorsitzender für eine Standortbestimmung nutzte. An die Diskussion, ob die AfD „Euro-Partei“ oder „Pegida-Partei“ sei, knüpfte der NRW-Landesvorsitzende an und gab seine Antwort: „Wir sind beides – und noch viel mehr!“ Als „kleine Volkspartei“ könne die AfD „vor keinem Thema davonlaufen“, rief er und nannte als Themen Zuwanderung und Asyl. „Wir müssen die Themen, die es gibt, bedienen.“⁹⁹

Im Brüsseler Europaparlament gehörte Pretzell zunächst ebenso wie das 2015 neu gewählte AfD-Bundesvorstandsmitglied Beatrix von Storch sowie jene fünf Abgeordneten, die nach Luckes Abwahl die Partei verließen, weiter der konservativen EKR-Fraktion¹⁰⁰ an. Zugleich bahnte er aber intensiver die Kontakte zu weiter rechts orientierten Parteien an. Sichtbarstes Zeichen

war im Februar 2016 ein von ihm vorbereiteter Kongress mit der FPÖ in Düsseldorf, in dessen Folge sich – angelehnt an die Parteifarben – eine „Blaue Allianz“ zwischen AfD und FPÖ entwickelte. Pretzell hatte unter dem Logo der Konservativen-Fraktion und mit Hinweis darauf, dass es sich um eine EKR-Veranstaltung handele, für die Veranstaltung „Europäische Visionen – Visionen für Europa“ geworben, an der AfD-Chefin Petry, FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache und dessen Generalsekretär Harald Vilimsky teilnahmen. Vilimsky ist seit Jahren damit beschäftigt, auf europäischer Bühne rechte Bündnisse zu schmieden. In Deutschland bemühte er sich etwa lange um die Regionalpartei „pro NRW“, die mangels Masse als Partner inzwischen aber ausfällt.¹⁰¹

Nach dem kurz nach dem Kongress folgenden Rauswurf aus der konservativen Fraktion wurde Pretzell Mitglied der Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“ (ENF). Sie wird vom französischen „Front National“ dominiert. Außerdem gehören ihr unter anderem Mitglieder der FPÖ, der italienischen „Lega Nord“, der Wilders-Partei „Partij voor de Vrijheid“ (PVV) aus den Niederlanden und des „Vlaams Belang“ aus Belgien an.

Von der Bundespartei erhielt Pretzell für seinen Wechsel Rückendeckung. Man wolle „Wegbereiter für eine neue europaweite EU-kritische Bewegung sein“, schrieben die beiden Parteichefs Petry und Jörg Meuthen sowie ihr Vize Gauland im Frühjahr 2016 in

einer gemeinsamen Erklärung.¹⁰² Die AfD wolle „in Zukunft dazu beitragen, die EU-kritischen Stimmen zu bündeln“, verlautbarten sie. Es sei ihre „Überzeugung, dass die AfD als verbindendes Element der verschiedenen EU-kritischen Fraktionen Wegbereiter für eine neue europaweite EU-kritische Bewegung sein sollte. Erst wenn die aktuellen EU-kritischen Fraktionen ‚Europa der Nationen und der Freiheit‘, ‚Europa der Freiheit und der direkten Demokratie‘¹⁰³ sowie Teile der ‚Europäische Konservative und Reformier‘ zusammenfinden, wird das Europa der Vaterländer auch im EU-Parlament eine starke Stimme haben“.¹⁰⁴

Pretzell spielte *die* zentrale Rolle bei der Kontaktabnahnung zwischen rechtspopulistischen Gruppierungen in Europa. Direkt involviert war aber auch Parteichefin Petry. „Zeit Online“ etwa berichtete über ein ausführliches Gespräch, das Petry Anfang Juli 2016 mit der FN-Vorsitzenden Marine Le Pen führte. Mit dabei gewesen sein soll Pretzell.¹⁰⁵ Die Entwicklung gipfelte in einem weiteren von Pretzell organisierten Kongress am 21. Januar 2017 in Koblenz, bei dem mit Marine Le Pen, Geert Wilders, Matteo Salvini („Lega Nord“) und Harald Vilimsky führende Vertreter anderer rechtspopulistischer Parteien den öffentlichen Schulterschluss mit Petry und der AfD vollzogen.¹⁰⁶

Formal muss sich Pretzell, der im Landesvorstand freilich eine breite Mehrheit hinter sich weiß, seit September 2015 in NRW die Macht mit einem Ko-Landesvor-

sitzenden teilen. Der 2013 abgewählte Martin Renner wurde bei einem Parteitag im September 2015 in Bottrop in dieses Amt gewählt. Renner hatte sich zuvor insbesondere mit Vortragsveranstaltungen an der Basis der Partei neue Unterstützer in der AfD erarbeitet. Er äußert sich stets deutlich schärfer als Pretzell. In den Kreisverbänden der Partei kam es an, wenn Renner sich freute, dass die AfD nach ihrem Essener Parteitag die „Bremser“ und „Systemlinge“ endlich losgeworden sei. Dort kam es auch an, wenn er über „70 Jahre des linksideologischen Grauens“ klagte – über „70 Jahre Dekonstruktion unserer Gesellschaft“, die seiner Ansicht nach mit der Reeducation nach dem Zweiten Weltkrieg („ein Teil der psychologischen Kriegsführung“) ihren Anfang nahmen. Ziel der Europäischen Union sei es, „die Nationalstaaten ihrer nationalen Identitäten zu entkleiden“, sagte Renner und wettete gegen die „zerstörerischen Kräfte der Linken und der Internationalisten“. Auch die „Islamisierung der Gesellschaft“ hat es ihm angetan: Für belegbar hält er es, „dass ein zunehmender islamischer Teil der Gesellschaft niemals in eine freiheitlich-demokratische Grundordnung einzugliedern und zu integrieren wäre“. Eine multikulturelle Gesellschaft sei „der Gegenentwurf einer deutschen Staatsgrundeinstellung“ und werde zu Chaos sowie Barbarei führen, meint Renner und beklagt eine „Transkulturation von Deutsch zum Islam“.¹⁰⁷

Auf seiner Facebookseite empfiehlt Renner mit Oswald Spengler (1880 – 1936)

gar einen herausragenden Akteur der nationalistischen und antidemokratischen „Konservativen Revolution“ der 20er Jahre zur Lektüre. Im Juli 2016 zitierte er den Mussolini-Anhänger Spengler, versehen mit einer eigenen Anmerkung, so: „Alle Weltverbesserer und Weltbürger – denke hier ‚Gutmenschen‘ und ‚Bessermenschen‘ (Anmerkung von mir) – vertreten Fellaichenideale, ob sie es wissen oder nicht. Ihr Erfolg bedeutet die Abdankung der Nation (Kultur), nicht zugunsten des ewigen Friedens, sondern zugunsten anderer Nationen (Kulturen).“ Daran schloss Renner an: „Fast könnte man glauben, dass Oswald Spengler bereits in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts, Menschen wie Frau Roth, Frau Göring-Eckardt, Frau Künast, Frau Käßmann und wie die Damen alle heißen mögen, in seinem ‚BekanntInnenkreis‘ gehabt haben könnte.“¹⁰⁸

Offen oder verdeckt wurde wiederholt auch sein Ko-Vorsitzender Pretzell – und damit auch Petry – zur Zielscheibe von Renners Kritik. Für Aufsehen in der AfD sorgte eine Rede, die Renner bei einem Landesparteitag Anfang Juli 2016 in Werl (Kreis Soest) hielt. Dort sagte er, ohne die beiden beim Namen zu nennen und sein Plädoyer für einen klareren Rechtskurs in Ermahnungen und Ratschläge kleidend: „Wir, von der AfD überziehen unsere Kollegen und Mit-Mitglieder nicht mit denselben Attacken und Vorwürfen, mit denen uns unsere politischen Gegner regelmäßig konfrontieren“ – was man als deutliche Anspielung auf Versuche Petrys und Pretzells werten

musste, die Partei zumindest verbal nach rechts deutlicher abzugrenzen.¹⁰⁹ Auch mit Pretzells Arbeit in Brüssel war Renner offenbar nicht zufrieden: „Wir, von der AfD entsendene Abgeordnete in das EU-Parlament, damit sie dort nicht an den kleinen Schräubchen der Prozesse mitfummeln sollen, sondern – in hervorgehobener Position – dieses EU-Konstrukt als das markieren, was es ist. Ein die nationalen Identitäten zerstörendes Projekt.“ Zudem missfielen ihm die Ausflüge von Petry und Pretzell in die Welt des Glamours – zum Beispiel deren Besuch bei einem Bundespresseball im Herbst 2015. Renner: „Schon gar nicht nehmen wir AfDler an Festivitäten teil, an dem sich dieser scheinheilige Machtpopanz dann sich und seinen abgehobenen ‚Elitismus‘ feiert. Pressebälle besuchen wir nicht, sondern dekuvirieren diese als scheinelitäre Lustbarkeiten der Bediensteten der temporären politischen und wirtschaftlichen Macht. Wir wollen in diesen Zirkeln nicht verkehren und willkommen sein, sondern diese bis zu ihrer gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit marginalisieren.“ Nicht fehlen durfte schließlich ein Seitenhieb auf ein Interview, das Petry und Pretzell der Illustrierten „Bunte“ gegeben hatten: „Wir von der AfD nehmen nicht teil an wohlfeilen und unterhaltungs-orientierten Homestories der yellow-press, wo wir uns auf dem Boden sitzend den nimmersatten Kameras zum Fraß anbieten.“ Dass einer der Parteisprecher dem anderen Sprecher vor Parteitagpublikum derart ungeschminkt sagt, wie wenig er von ihm hält, war selbst für AfD-Verhältnisse ein Novum.

Bei den bis Anfang Dezember 2016 vier Landeswahlversammlungen, bei denen die AfD ihre Listenkandidaten für die Landtagswahl bis Platz 40 nominierten, präsentierte sich der Landesverband als eine in zwei Lager gesplittete Partei. Für Schlagzeilen sorgte eine Veröffentlichung des „Stern“, der Auszüge eines „WhatsApp“-Protokolls publizierte. Auf den knapp 90 Seiten des Protokolls wurde deutlich, wie forsch die Mitglieder jener „WhatsApp“-Gruppe aus Pretzells Anhängerschaft – von Mitgliedern des Landesvorstands über Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle bis hin zu Funktionären auf Bezirks- und Kreisebene – bei der Steuerung von Parteitagen agierten. Und das mit Erfolg: Bei der Wahl der Kandidaten setzten sich auf den ersten rund 20 Listenplätzen überwiegend Vertreter des Pretzell-Lagers durch.

Mit 54 Prozent der Stimmen wählte ein Landesparteitag Anfang September 2016 Pretzell zum Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl. Sein Kontrahent Thomas Röckemann, als Mitglied des Bundesschiedsgerichts zwar kein Nobody in der Partei, landespolitisch bislang aber nicht durch irgendwelche Initiativen aufgefallen und auch rhetorisch Pretzell deutlich unterlegen, kam auf immerhin 44 Prozent. „Von außen“ sei nach Nordrhein-Westfalen hineingearbeitet worden, versuchte Pretzell nachher sein dürres Ergebnis zu erklären. Röckemann hatte in seiner Vorstellungsrrede gesagt, die AfD sei in NRW „sehr tief gespalten“. Er „trete an, um diese Gräben zuzuschütten“.¹¹⁰

Genutzt wurden die Auseinandersetzungen über die Kandidaten auch von Pretzell-Gegnern aus anderen Bundesländern. Die beiden Landeschefs aus Brandenburg und Thüringen, Alexander Gauland und Björn Höcke, erklärten, die Berichte zum Thema würden „das Bild eines tief gespaltenen Landesverbandes und eines Machtkampfes“ zeigen, „der, wenn es stimmt, was behauptet wird, von einer Seite wohl auch unter Inkaufnahme unlauterer Mittel ausgefochten wird“. Eine „bestimmte Gruppe in der Partei“ arbeite „lieber mit Trickereien, statt mit Argumenten zu überzeugen“. Die Chatprotokolle seien „ein erschütterndes und zugleich ernüchterndes Zeugnis der Instrumentalisierung der AfD für eigene Karriereziele“. Pretzell konterte mit dem Vorwurf, Höcke habe versucht, „Listenwahlen in NRW extern zu beeinflussen“.¹¹¹

Pretzell profitiert davon, dass seine Gegner im Landesverband keinen einheitlichen Block bilden. Da sind erstens die Anhänger der „Patriotischen Plattform“, deren nordrhein-westfälischer Vormann Thomas Matzke freilich mit seinen Verbalradikalismen zuweilen die eigene Klientel eher verschreckt. Eine zweite Gruppe orientiert sich an Björn Höckes völkisch-nationaler Plattform „Der Flügel“. Vor allem, aber längst nicht nur in Ostwestfalen, wird ihr Gestus des Fundamentaloppositionellen gepflegt. Gegen Pretzell agiert auch – drittens – jener Teil der Partei, der sich an seinem Ko-Vorsitzenden Renner orientiert. Der 62-jährige aus dem Rheinland steht zwar ebenfalls

für eine weitere Entwicklung nach rechts – doch ohne die allzu lauten, völkischen Töne eines Björn Höcke. Die vierte Gruppe schließlich bilden Mitglieder, die Pretzells Kurs nicht rundweg ablehnen, wohl aber seinen Stil. Sie sehen den AfD-typischen Anspruch, anders sein zu wollen als die verhassten „Altparteien“, unter die Räder gekommen angesichts der ausgeprägten Karriere- und Machtorientierung ihres Landesvorsitzenden.¹¹²

Diese Differenzen spiegeln sich auch in den Kreisverbänden wieder. Auf der einen Seite stehen die einflussreichen Verbände in Düsseldorf, Bochum oder dem Märkischen Kreis, deren Führungskräfte Pretzells Kurs unterstützen. Auf der anderen Seite sind Kreisverbände zu finden – etwa in Warendorf, Unna oder Herne –, die zu seinen Kritikern tendieren. Nicht selten ziehen sich die Gräben, die für den Landesverband typisch sind, auch mitten durch die Kreisverbände. Zum Beispiel in Köln oder in Dortmund, wo einer nach AfD-Maßstäben „gemäßigten“ Ratsfraktion¹¹³ ein Kreisvorstand gegenübersteht, der einen „rechteren“ Klartext bevorzugt.

Ein erster Vorstoß, die weit überwiegend mit Vertretern des Pretzell-Lagers besetzte Landesliste wieder abzuwählen, scheiterte Anfang Dezember bei einem Landesparteitag in Rheda-Wiedenbrück. Erforderlich gewesen wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Dieses Quorum wurde zwar verfehlt, doch die Abstimmung zeigte, dass die Delegierten in zwei ungefähr gleich große

Lager gespalten waren, nach Einschätzung der meisten neutralen Beobachter des Parteitags mit einem leichten Übergewicht der Pretzell-Gegner.¹¹⁴ Nach ihrer Niederlage von Rheda starteten insbesondere Vertreter aus dem Lager der Pretzell-Gegner eine „Mitglieder-Initiative“ unter dem Motto „Basis wehrt sich“. Sie verlangten einen Sonderparteitag zur Abwahl der Kandidatenliste, hatten damit aber keinen Erfolg.

Stattdessen richteten sich knapp 20 Abwahlenträge gegen Pretzells Ko-Vorsitzenden Renner, der verdächtigt wurde, eigentlicher Initiator der „Basis-Initiative“ und das interne „Leck“ gewesen zu sein, auf dem mehrere Presseberichte zur AfD beruhten. Eine Abwahl scheiterte bei einem Landesparteitag 2017. Zwar stimmten 54 Prozent der Delegierten für die Abwahl – die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde aber klar verfehlt. In der Diskussion erklärte Pretzell, ein gemeinsamer Wahlkampf mit Renner sei nicht möglich.¹¹⁵

3.6.3 Kampagnen und Aktivitäten

Pretzell praktiziert in der AfD eine Art Doppelstrategie. Während er international die Zusammenarbeit rechtspopulistischer Parteien vorantreibt, bemüht er sich im heimischen NRW um ein seriöses Auftreten und eine verbale Abgrenzung zu weiter rechts stehenden Organisationen wie etwa „pro NRW“. Ein Parteitag der NRW-AfD hatte Mitte November 2015 ein, wie es hieß, „umfassendes Kooperationsverbot mit Parteien oder Mandatsträgern des

links- und rechtsradikalen Spektrums“ beschlossen. „Die Zusammenarbeit mit den ‚Pro-Parteien‘, der Partei ‚Die Rechte‘, der NPD, der Partei Die Republikaner ‚REPs‘, der Partei ‚Die Linke‘ und Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt. Als Zusammenarbeit gelten: Gemeinsame Listen, Anträge, Anfragen, Fraktionen und Ratsgruppen.“ Dies betreffe auch Personen, die in den letzten vier Jahren in solchen Parteien Ämter innegehabt hätten oder auf deren Ticket gewählt worden seien.¹¹⁶ Bekanntestes „Opfer“ dieses Beschlusses ist der frühere Aachener Stadtverbandsvize Markus Mohr. Gegen ihn wurde ein Ausschlussverfahren in Gang gebracht, weil er sich im heimischen Rat mit dem ehemaligen „pro NRW“-Funktionär Wolfgang Palm zusammengetan hatte. Zur Pretzell-typischen Außendarstellung gehört auch das Programm zur Landtagswahl, das nach AfD-Maßstäben vergleichsweise zurückhaltend ausgefallen ist. Völkisch klingende Aussagen, wie sie das Wahlprogramm der Parteifreunde in Sachsen-Anhalt prägten, fehlen ebenso wie Verbalradikales, mit dem die AfD im Frühjahr 2016 in Baden-Württemberg für sich warb.¹¹⁷

Mit Aktivitäten auf der Straße fällt die nordrhein-westfälische AfD eher selten auf – anders als die Landesverbände in Thüringen und Sachsen-Anhalt. Lediglich die Paderborner AfD entwickelte eine Politik regelmäßiger öffentlicher Kundgebungen, bei denen vor allem Vertreter des „rechteren“ Parteiflügels als Redner auftraten.

Der Landesverband setzt eher auf drei andere Wege:

- Saalveranstaltungen, die insbesondere der Information und Mobilisierung der eigenen Mitgliedschaft und Anhängerschaft dienen sollen, Schwerpunktthemen waren unter anderem Euro/Europa, Zuwanderung/Islam und Energiewende/Windenergie,
- den Versuch, mit Inszenierungen in die „etablierten“ Medien zu gelangen. Beispielhaft dafür steht die Präsentation einer App, mit der besorgte Bürger Straftaten melden und sich gegenseitig warnen können sollen,¹¹⁸
- die Nutzung sozialer Medien, insbesondere von Facebook. Die AfD sieht sich von den „etablierten“ Medien nicht ausreichend beachtet – daher bietet sich der Direktzugang zu ihrer Klientel an. Die Facebookseite des Landesverbandes wurde von rund 32.000 Usern mit einem „Gefällt mir“ markiert.¹¹⁹ Zum Vergleich. Bei der NRW-SPD sind es 8.200 bei ihrem Landesverband¹²⁰ und 5.200 bei der Fraktion, bei der NRW-CDU für Partei und Fraktion jeweils rund 7.400¹²¹ und bei den nordrhein-westfälischen Grünen 20.000¹²² plus 2.800¹²³. Die Seite des AfD-Bundesverbandes wurde gar 315.000 Mal mit „Gefällt mir“ gekennzeichnet. Auch dies ein Spitzenwert unter den Parteien.

3.6.4 Aussagen zur Wahl

Umfragen attestierten der AfD in den letzten Monaten zwischen 10 und 13 Prozent. Das entspräche je nach Größe des Landesparlaments, die derzeit wegen der – wahrscheinlichen – Überhang- und Ausgleichsmandate nicht abschätzbar ist, zwischen 20 und 30 Mandaten, die von der AfD zu besetzen wären. In der Partei hielt man im Herbst 2016, als die Partei in Umfragen mit dem Spitzenwert von 13 Prozent gehandelt wurde und das bei steigender Tendenz, sogar den Gewinn von 40 Landtagssitzen für erreichbar.

Einer der Schwerpunkte des Wahlkampfes dürfte das Ruhrgebiet werden. Insbesondere der SPD will die AfD Stimmen abnehmen. „Ruhrgebiet wird zum Marzahn NRWs“, jubelte Pretzell, nachdem in Berlin im September 2016 ein neues Abgeordnetenhaus gewählt worden war. So, wie seine Parteifreunde in der Hauptstadt insbesondere in Quartieren stark abgeschnitten hatten, die landläufig als „sozial schwächer“ tituliert werden, so soll es ihr auch in Nordrhein-Westfalen gelingen. Helfen soll dabei insbesondere der von der SPD zur AfD gewechselte Essener Stadtrat Guido Reil. Der „nationale Sozialdemokrat“, wie er sich selbst tituliert, hat es ohne direkte Förderung der Parteispitze auf Listenplatz 26 geschafft und tritt als Direktkandidat in seiner Heimatstadt an.¹²⁴

3.6.4.1 Wahlprogramm

Die Aussagen des Wahlprogramms beschlossen die Delegierten des Landesparteitages am 29. Januar 2017 in Oberhausen. Eine erste Beratung fand bei einem Parteitag Mitte 2016 in Werl statt.¹²⁵

Den größten Umfang nehmen die Aussagen im Kapitel „Bildung, Forschung & Kultur“ ein. Es folgen im quantitativen Vergleich die Bereiche „Bauen, Wohnen und Verkehr“ sowie „Zuwanderung, Asyl und Integration“.

Im bildungspolitischen Kapitel fordert die AfD Beibehaltung und Ausbau des mehrgliedrigen Schulsystems: „Der schleichenden Abschaffung verschiedener Schulformen und Entwicklung hin zu gleichmacherischen Einheitsschulen muss Einhalt geboten werden.“ Als „ideologischen Irrweg“ lehnt die AfD das Inklusionskonzept der Landesregierung ab. Abgelehnt werden zudem verpflichtende Ganztagschulen: „Elterliche Fürsorge“ stelle aus Sicht der AfD „weiterhin den Idealfall von Erziehung dar“. Das Abitur müsse „wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit“ gemacht werden, fordert die AfD und klagt: „Die Inflation der guten Noten hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass viele Schüler ein Abitur erhielten, obwohl ihre Leistungsfähigkeit den Anforderungen eines Hochschulstudiums nicht entsprach.“ Im Bereich der Hochschulpolitik moniert die Partei, „die politisch motivierte Inflation akademischer Abschlüsse“ berge das Risiko eines „gravierenden Qualitätsverlustes“.

Modifiziert sehen will die AfD die Rolle der Lehrer. Die augenblicklichen Leitlinien der Pädagogik sähen den Lehrer ausschließlich als Moderator von Lernprozessen und weniger als fachliche Autorität. „Durch dieses ideologisch begründete Konzept werden die Schüler im Lernprozess alleingelassen und häufig überfordert. Deshalb muss eine Rückkehr zum bewährten Plenumsunterricht stattfinden.“ Die AfD will zudem eine „Stärkung der Lehrkraft als erzieherische Autorität“. Disziplinlosigkeit und mangelnde Lernbereitschaft in der Schülerschaft würden heute vielfach zu Recht beklagt. Aber, so die AfD: „Tugenden wie Fleiß, Disziplin, Pünktlichkeit, Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit ermöglichen erst ein wertschätzendes Miteinander von Lehrern und Schülern in der Schulgemeinde.“

Wie in den meisten programmatischen Dokumenten der Partei findet sich auch im NRW-Wahlprogramm eine Absage an eine Politik der Gleichstellung: „Unter dem Vorwand der Antidiskriminierung und der Toleranz ist ‚Gender-Mainstreaming‘ der Versuch, dem Bürger sein Privatleben und seine Vorlieben vorzuschreiben.“ Als fächerübergreifende „Sexualpädagogik der Vielfalt“ werde „diese Ideologie auch in die Schulen getragen. Ihre Methoden und Inhalte würden das Schamgefühl von Kindern verletzen, „weil sie z.B. für Zwölfjährige nicht nachvollziehbare Sexualpraktiken definieren oder über Dienstleistungen informieren“. Fazit der AfD: „Diese verfehlte Pädagogik ermöglicht Übergriffe und leistet einer Frühsexualisierung Vorschub.“

Im Kapitel „Familie, Demographie & Gleichberechtigung“ beklagt die Partei eine Entwertung der „klassischen Familienkonstellationen“ und verlangt einen „materiellen Ausgleich für Eltern, die sich selbst der Erziehung ihrer Kleinkinder widmen“. Von staatlicher Seite werde die Fremdbetreuung einseitig gefördert. Die Partei denkt an die Zahlung eines „Erziehungsgehaltes“ bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres, wenn ein Elternteil auf die Berufsausübung verzichtet, um sich um die Kinder zu kümmern. Im Programmentwurf gefordert wird zudem eine „aktivierende Familienpolitik“, die „die Steigerung der Geburtenrate in den Mittelpunkt der Politik“ stellen solle.

Abgelehnt wird eine Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe. Abgeschafft werden sollen die Stellen für Gleichstellungsbeauftragte. Durch sie würden Männer und Jungen benachteiligt. Auch „sogenannte ‚Quotenregelungen‘“ will die AfD gestrichen sehen.

Im Kapitel „Recht, Demokratie und Freiheit“ macht sich die Partei dafür stark, die Schwellen für Volksbegehren, Volksentscheide, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide deutlich abzusenken.

Im Bereich „Arbeit & Soziales“ verlangt die AfD, Empfänger von Sozialleistungen „fallbezogen“ und „unter Berücksichtigung des Lebensalters und der vorherigen Arbeitsleistung in Deutschland“ zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten.

Im Kapitel „Zuwanderung, Integration und Asyl“ klagt die AfD, Deutschland sei „von einer Massenmigration und einer ziellosen Integrationspolitik betroffen, die unser Land aus dem Gleichgewicht bringt“. Die „unkontrollierte Zuwanderung“ drohe, „die politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Grundlagen Deutschlands und Europas zu zerstören. „Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen und eine Ausbildungs-offensive, um damit den Zuwanderungsbedarf zu reduzieren.“ Einem Missbrauch des Asylrechts zu Einwanderungszwecken und zur Erlangung sozialer Leistungen müsse ein Riegel vorgeschoben werden. In diesem Zusammenhang fordert die Partei, „die nationalen Grenzen zu sichern“.

Im Entwurf ihres Kapitels „Bauen, Wohnen und Verkehr“ verlangt die AfD eine Abschaffung der Mietpreisbremse.

In der Energiepolitik fordert die AfD eine ersatzlose Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Das „planwirtschaftliche“ Gesetz habe die Stromversorgung teurer und unsicherer gemacht. Zudem vernichte „der deutsche Alleingang bei der Energiewende“ Arbeitsplätze in NRW. Stattdessen empfiehlt die Partei Braunkohle als den „einzigen, zu wettbewerbsfähigen Kosten verfügbaren heimischen Energieträger“. Sie sichere die Energieversorgung in Deutschland und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Zugleich wird „ein Ende der ‚Klimaschutzpolitik‘“ verlangt, die

auf untauglichen Computer-Modellen des Weltklimarates beruhe. Revidiert werden müsse auch der „übereilte Beschluss“ zur Aufgabe der Kernenergietechnik.

Wie im Programm der Bundes-AfD wird auch im nordrhein-westfälischen Landtags-

wahlprogramm eine Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie der Vermögenssteuer verlangt.

4. Handlungsempfehlungen

Die hier aufgeführten Handlungsempfehlungen fußen auf dem Positionspapier „10 Punkte gegen rassistischen Populismus“, das 2010 vom Landesintegrationsrat NRW initiiert und von zahlreichen kommunalen Migrationsräten und Initiativen unterstützt worden ist.¹²⁶ Seitdem hat sich, wie in dieser Broschüre beschrieben, die rechte Parteienlandschaft verändert. Dies erfordert neue Materialien zur Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, Rassismus und Rechtsextremismus sowie neue Herausforderungen im Umgang damit.

Sachkenntnis und Positionierung vor Ort herstellen

Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Ausgrenzung muss im kommunalen Alltag geführt werden. Hierzu ist Sachkenntnis über rechte Aktivitäten und Interventionen vor Ort notwendig. Über die organisatorische Struktur und die inhaltliche Ausrichtung extrem rechter Gruppierungen im kommunalen und regionalen Rahmen müssen aktuelle Informationen erstellt und aufbereitet werden. In den Kommunen müssen Politik und Gesellschaft offensiv den Kampagnen von Rechtsaußen entgegentreten. Hierzu gehört ein deutliches Bekenntnis kommunaler Einrichtungen und politischer Entscheidungsträger zum Engagement gegen jegliche rassistische Interventionen vor Ort.

Präventive Bekämpfung von Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rassismus

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus darf nicht nur reaktiv sein. Vielmehr muss ein Hauptaugenmerk auf vorbeugende Maßnahmen gelegt werden. Dieser Aufgabe hat sich der Landtag durch die Verabschiedung eines integrierten Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus und Rassismus gestellt. Das vorgelegte – auf Prävention ausgerichtete – Handlungskonzept setzt genau an dieser Stelle an. Es zielt darauf ab, konkrete präventive Maßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu etablieren. Dieses Vorhaben gilt es nun in die Praxis umzusetzen. Dafür bedarf es gemeinsamer Anstrengungen aller Beteiligten im Land und den Kommunen.

Vorbeugende Konfliktintervention

Rechten Agitatoren dürfen in der kommunalen Auseinandersetzung bei Konfliktthemen keine Leerstellen zur Intervention überlassen werden. Integrationspolitische Fragen und Probleme müssen deshalb offen unter demokratischen Vorzeichen mit dem Ziel erörtert werden, zu Lösungen für ein respektvolles interkulturelles Miteinander zu kommen. Hierbei ist zwischen berechtigten Ängsten und Sorgen einerseits und integrationsfeindlicher und rassisti-

scher Hetze andererseits zu unterscheiden: Diskriminierung und Hass überschreiten die Grenze der Meinungsfreiheit. Bei öffentlichen Debatten über Konfliktthemen bedarf es geschulter Moderation und der Formulierung klarer Diskussionsregeln.

Präsenz in benachteiligten

Sozialräumen zeigen

Die Rechtsaußenparteien versuchen, sich in sozial benachteiligten Milieus populistisch zu verankern. Deshalb bedarf es verstärkter Anstrengungen, um in sozial abgehängten Sozialräumen Kommunikationsangebote und Ansprechpartner zu etablieren. Von zentraler Bedeutung sind hierbei sozialräumlich verankerte Vermittler zur Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen rechts und für ein demokratisches Zusammenleben – auch und gerade in problembelasteten Stadtteilen. Hierbei sollte besonderer Wert auf interkulturelle Kompetenz gelegt werden.

Kommunales Eigenengagement stärken

Die wirkungsvolle Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rassismus wird in erster Linie durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erreicht.

Eine Kommune, die offensiv und aktiv die demokratische Gemeindkultur stärken will, braucht ein breites und vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement unterschiedlicher Organisationen. Von Bedeutung ist die Kooperation zwischen öffent-

lichen und kommunalen Einrichtungen mit Bürgerhäusern und Nachbarschaftsheimen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Schulen, Jugendzentren, interkulturellen Begegnungsorten, Vereinen, antirassistischen und antifaschistisch orientierten Initiativen und Migrant*innenorganisationen.

Rassismus zum Thema machen

Um Rechtsextremismus und Rechtspopulismus nachhaltig entgegenzuwirken, muss Rassismus verstärkt im Alltag zum Thema gemacht werden. Hierzu sind verstärkte Anstrengungen für eine rassismuskritische Bildungsarbeit zu unternehmen. Vorbildlich hierfür sind Aktivitäten des Vereins Aktion Courage mit dem Projekt Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage. Gleiches gilt für die Interkulturelle Öffnung gesellschaftlicher Einrichtungen. Die Interkulturelle Öffnung zielt maßgeblich auf qualitativ verbesserte Partizipationsangebote für Migrant*innen und einen Abbau von Zugangsbarrieren. Die verstärkte Implementierung von Rassismuskritik und Interkultureller Öffnung ist eine politische, institutionelle und fachliche Querschnittsaufgabe.

Positive Aspekte von Migration herausstellen

Migration wird in öffentlichen Debatten zumeist unter negativen Vorzeichen thematisiert. Dadurch werden die positiven Aspekte von Zuwanderung unsichtbar gemacht. Die Bereicherung eines lebendigen

interkulturellen Miteinanders muss deshalb stärker öffentlich herausgestellt werden. Hierzu sollte historisches Wissen über und positive Aspekte von Migration über Forschungsprojekte, Bildungsarbeit und Ausstellungen alltagskulturell stärker verankert werden.

Integration als gemeinsame Aufgabe verstehen

Integration soll nicht verstanden werden als bloßer Forderungskatalog an Eingewanderte. Vielmehr ist Integration zu verstehen als fortwährender gegenseitiger Prozess der Verständigung über demokratische und respektvolle Formen des Zusammenlebens. Hilfreich hierzu sind kommunale Bündnisse für demokratische Vielfalt und Toleranz, in denen auch Vertreter von Migrantenvereinigungen eine aktive Rolle spielen. Integrationsräte sowie unterschiedliche Organisationen von Zugewanderten spielen bei kulturellen, sozialen und bildungspolitischen Integrationsmaßnahmen eine große Rolle. Sie tragen dazu bei, multikulturelles Alltagsleben erfahrbar zu machen. Ihren Potentialen muss verstärkt öffentliche Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung zukommen.

Opferschutz verstärken

Einrichtungen zum Schutz von Opfern rassistischer und rechtsextremer Gewalt weisen auf hohe Dunkelziffern zur Erfassung solcher Straftaten. Viele Opfer wenden sich aus Angst, Scham oder Unkenntnis nicht an

Polizei und Opferberatungsstellen. Besonders in den Migrantencommunities bedarf es an Unterstützung und Aufklärung über Unterstützungsmöglichkeiten für Opfer rassistischer Diskriminierung und Gewalt sowie ebenfalls zu Straftaten gegenüber religiösen Minderheiten. Zur Verbesserung des Opferschutzes für Juden, Muslime und andere Religionsgemeinschaften sollte der Anstieg von Straftaten gegen religiöse Minderheiten in NRW stärker öffentlich problematisiert werden.

Diskriminierung und rechte Hetze unterbinden

Die sog. Flüchtlingsdebatte hat seit dem Sommer 2015 zu einer massiven Verrohung der Diskussionskultur geführt. Die Grenze des Sagbaren hat sich im Kontext des Aufstiegs des Rechtspopulismus immer weiter nach rechts verschoben. Obwohl die rechten Hetzer in der Minderheit sind, nehmen sie für sich in Anspruch, den „Willen des Volkes“ zu vertreten. Es gibt jedoch kein Recht auf Volksverhetzung unter dem Deckmantel von Meinungsfreiheit. Jeglichen Kampagnen auf dem Rücken von Migranten ist eine deutliche Absage zu erteilen. Kirchen, Sozialverbände, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Institutionen und Einrichtungen sind gefordert, sich – auch in ihren eigenen Reihen – noch offensiver gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zur Wehr zu setzen und die vielen Menschen zu unterstützen, die sich ehrenamtlich für Respekt und gesellschaftliche Vielfalt einsetzen.

5. Anhang

5.1 Informationsquellen und Beratungsangebote

Ansprechpartner im Land und vor Ort:

Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus NRW

Das Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus wurde 2012 von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren gegründet. Es versteht sich als ein Austausch- und Informationsforum von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Das primäre Ziel des Landesnetzwerks ist es, ein menschenrechtsorientiertes und demokratisches Zusammenleben zu fördern. In einem Dialog zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Mitgliedern sollen gemeinsame Maßnahmen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus entwickelt und umgesetzt werden. Auch setzt sich das Landesnetzwerk mit wesentlichen neuen Entwicklungen im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus ein. Hierzu finden zwei bis vier Mal pro Jahr gemeinsame Sitzungen statt.

Online unter:

<http://www.nrweltoffen.de/landesaktivitaeten/Landesnetzwerk/index.php>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW

Seit dem Jahre 2008 wurde im Bundesland Nordrhein-Westfalen eine Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus aufgebaut. Als Vorbilder dienten seinerzeit die Mobilien Beratungsteams, die sich bereits während der 1990er Jahre in Ostdeutschland gegründet hatten.

Die Mobile Beratung unterstützt unter anderem Verwaltungen, Vereine, Bündnisse, Parteien, Schulen, Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften sowie Einzelpersonen bei Problemlagen mit extrem rechten Hintergründen.

Online unter:

<http://www.mobile-beratung-nrw.de/>

Beratungsstellen für Opfer rechter und rassistischer Gewalt in NRW

Seit Ende 2011 bietet in den beiden Landesteilen Nordrhein-Westfalens (Rheinland und Westfalen-Lippe) jeweils eine Beratungsstelle Unterstützung für Betroffene und Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt.

Online unter: <http://www.nrweltoffen.de/beratung/opferberatung/OBR/index.php> und <http://www.nrweltoffen.de/beratung/opferberatung/Back-Up/index.php>

Informationsportale

- Amadeo Antonio Stiftung, online unter: <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>
- Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Rechtsextremismus, online unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/>
- Blick nach rechts. Infoseite, online unter: www.bnr.de
- Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz, online unter: www.lotta-magazin.de/
- Netz gegen Nazis. Informationsportal, online unter: www.netz-gegen-nazis.de/
- Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage, online unter: <http://www.schule-ohne-rassismus.org/startseite/>

Literaturempfehlungen

- Dominik Clemens/Hendrik Puls (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln 2014
- Alexander Häusler (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016
- Alexander Häusler, Fabian Virchow (Hg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments, Hamburg 2016
- Helmut Kellershohn/Wolfgang Kastrop (Hg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte, Münster 2016
- Andreas Kemper: „... Die neurotische

Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“ Zur Differenz von Konservatismus und Faschismus am Beispiel der „Historischen Mission“ Björn Höckes, online unter: http://www.th.rosalux.de/fileadmin/ls_thueringen/dokumente/publikationen/RLS-HeftMissionHoecke-Feb16.pdf

- Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Düsseldorf 2016, online unter: <http://www.nrweltoffen.de/wissen/publikationen/Handlungskonzept-03-web.pdf>
- Mobile Beratung im Regierungsbezirk Münster (Hg.): „Hier kennt man sich“. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Münster, online unter: <http://www.mobim.info/>
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen: Berichte von unterwegs, Münster 2012, online unter: <http://www.mobim.info/>
- Hendrik Puls: „Die Rechte“ als neue Bewegungspartei des Neonazismus, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2015, S. 160-165
- Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.) (2011): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden
- Fabian Virchow/Christian Dornbusch (Hrsg.) (2008): 88 Fragen und Antworten zur NPD, Schwalbach/Ts.

5.2 Quellenverweise:

- 1 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Düsseldorf 2016, S. 7.
- 2 Steglich, Henrik: Rechtsaußenparteien in Deutschland. Bedingungen ihres Erfolges und Scheiterns, Göttingen 2010, S. 88.
- 3 Jaschke, Hans-Gerd (Hg.): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Wiesbaden, 2001, S. 30.
- 4 Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012 sowie Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009.
- 5 Vorländer, Hans / Herold, Maik/ Schäler, Steven: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden 2015, S. 146.
- 6 Gensing, Patrick: HoGeSa – Wie Hooligans rechte Brücken schlagen. Dossier Rechtsextremismus, Bundeszentrale für politische Bildung, 21. Januar 2015, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/199362/hogesawiehooligansrechtebrueckenschlagen>.
- 7 Spiegel online v. 24.09.2016, Fremdenfeindliche Gewalt drastisch gestiegen, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-rechte-gewalt-gegenauslaender-nimmt-zu-a-1113669.html>.
- 8 Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.): Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2015, Düsseldorf 2016, S. 29.
- 9 Vgl. Decker, Frank: Die „Alternative für Deutschland“ aus vergleichender Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden 2016, S. 7-23.
- 10 Vgl. Decker, Frank (2011): Demokratischer Populismus und/oder populistische Demokratie? Bemerkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: Hartleb, Florian/Wielenga, Frieso (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster, S. 40; Kohlstruck, Michael (2008): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Graduelle oder qualitative Unterschiede? In: Faber, Richard/Unger, Frank (Hrsg.): Populismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg, S. 224; Priester, Karin

- (2012): Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 5-6/2012, S. 3-9
- 11 Geden, Oliver: Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, SWP-Studie 17, Berlin 2007, S. 8.
 - 12 Müller, Werner: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016, S. 26ff.
 - 13 Hövermann, Andreas/Groß, Eva: Menschenfeindlicher und rechtsextremer – Die Veränderung der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016, in: Zick, Andreas,/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, herausgegeben von Ralf Melzer von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2016, S. 173.
 - 14 Werthschulte, Christian: „Nach“ Köln“ ist wie „vor“ Köln. Die Silvesternacht und ihre Folgen, in: Aus Ppolitik und Zeitgeschichte 1-3/2017, S. 17.
 - 15 Zick, Andreas,/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, herausgegeben von Ralf Melzer von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2016, S. 86f.
 - 16 Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland: Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016, Hannover 2016, online unter <http://www.ekd.de/fluechtlingsstudie-2016.pdf>.
 - 17 S. näher hierzu Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD, Schwalbach Ts. 2008.
 - 18 https://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/VS-Berichte/Verfassungsschutzbericht_2015.pdf
 - 19 https://www.land.nrw/sites/default/files/asset/document/vs-bericht_2014_final.pdf
 - 20 <http://www.npd-nrw.de/>
 - 21 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/bei-jeder-wahl-auf-dem-stimmzettel>
 - 22 <https://www.facebook.com/npdnrw/posts/1283535818334297>, <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/spitzenmannschaft-der-nrw-mpd>, http://npdunn.vs120067.hl-users.com/neue_seite_1.htm (Eintrag vom 27. November), <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/streitereien-in-der-nrw-mpd>
 - 16 Sozialwissenschaftliches Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland:

- 23 <https://www.facebook.com/npdnrw/photos/a.290704310950791.69427.182045975149959/1098036233550924/?type=3>
- 24 <https://www.facebook.com/npdnrw/posts/1138616892826191>
- 25 <https://www.facebook.com/npdnrw/posts/1283535818334297>
- 26 <https://www.facebook.com/npdnrw/photos/a.290704310950791.69427.182045975149959/1207523749268838/?type=3&theater>
- 27 <https://www.facebook.com/events/1587815538175175/> und <https://www.facebook.com/events/214054845609467/>
- 28 <https://www.facebook.com/npdnrw/posts/1311295278891684>
- 29 <https://www.facebook.com/npdbowat/posts/1156201901119099>
- 30 <https://www.facebook.com/npdnrw/photos/a.290704310950791.69427.182045975149959/1098036233550924/?type=3>
- 31 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/bei-jeder-wahl-auf-dem-stimmzettel>
- 32 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/npd-spuk-im-land> und <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/npd-tour-im-westen>
- 33 <https://www.facebook.com/npdnrw/photos/a.290704310950791.69427.182045975149959/1325675064120372/?type=3>
- 34 Siehe näher hierzu Puls, Hendrik: „Die Rechte“ als neue Bewegungspartei des Neonazismus, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Heft 1/2015, S. 160-165.
- 35 <https://nrwrex.wordpress.com/2014/10/20/do-landesparteitag-von-die-rechte-bestatigt-vorstand/> und <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/worch-partei-im-spagat>
- 36 https://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/VS-Berichte/Verfassungsschutzbericht_2015.pdf
- 37 <http://die-rechte.com/2226-2/>, <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/parteipolitische-aktiviten-der-rechten>, <http://die-rechte.com/live-ticker-zum-bundesparteitag-am-15-05-2016/>,
- 38 <http://www.dortmundecho.org/2016/08/nrw-die-rechte-fuehrt-landesparteitag-und-listenaufstellung-zur-landtagswahl-durch/>, <http://www.>

- bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/die-rechte-neuer-landeschef-altbrauner-kurs
- 39 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/die-rechte-will-kandidieren>
- 40 <http://www.dortmundecho.org/2016/08/nrw-die-rechte-fuehrt-landesparteitag-und-listenaufstellung-zur-landtagswahl-durch/>, <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/die-rechte-neuer-landeschef-altbrauner-kurs>
- 41 <http://die-rechte.com/landtagswahl-2017-die-rechte-stellt-direktkandidaten-fuer-dortmund-auf/>
- 42 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/offensive-der-rechten-in-dortmund>
- 43 <http://die-rechte.com/von-absurd-bis-sachlich-falsch-diese-vorwuerfe-erheben-polizei-und-medien-gegen-die-kirchenbesetzer/>
- 44 <http://die-rechte.com/kreativer-protest-muezzinruf-ertoent-vor-haus-von-dortmunder-spd-oberbuergermeister-sierau/>
- 45 <http://www.dortmundecho.org/2016/04/am-tag-der-deutschen-zukunft-hoerder-grossmoschee-eroeffnet/>
- 46 <http://die-rechte.com/dortmund-eving-aktivisten-informierten-eltern-vor-aufgezwungenem-ramadan-fest/>
- 47 <http://die-rechte.com/bergheim-flugblattaktion-statt-asyl-infoveranstaltung/>
- 48 <http://die-rechte.com/bildungsverfall-dank-asylbewerbern/>
- 49 <http://die-rechte.com/wuppertal-erhaelt-200-000-euro-fuer-weiterbildung-von-fluechtlingen-gesamtschule-uellen-dahl-hat-keine-buecher-und-zu-wenig-lehrer/>
- 50 <http://die-rechte.com/kerpen-spd-setzt-sich-fuer-spielplaetze-ein-fuer-asylanten/>
- 51 <http://die-rechte.com/die-rechte-fordert-geld-fuer-deutsche-senioren-statt-fuer-illegale-einwanderer>
- 52 <http://die-rechte.com/koeln-erschreckende-zahlen-zur-ueberfremdung/>
- 53 <http://die-rechte.com/erfreulich-immer-mehr-deutsche-beantragen-kleinen-waffenschein/>
- 54 <http://die-rechte.com/waidmannsheil-jaeger-bringt-kriminellen-asylanten-zur-strecke/>

- 55 <http://die-rechte.com/auf-in-das-kampfbjahr-2017/>
- 56 <http://die-rechte.com/kreis-paderborn-balkan-asylanten-stecken-ihre-unterkunft-in-brand/>
- 57 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/pleiten-fuer-die-rechte>
- 58 <http://die-rechte.com/landtagswahl-2017-die-rechte-stellt-direktkandidaten-fuer-dortmund-auf/>
- 59 S. näher hierzu Wißmann, Alex: Brandgefährlich. Die Partei „Der III. Weg“ in RP, NRW und Hessen, in: Lotta Nr. 60, S. 22-24.
- 60 http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/6880/akat/1/infotext/III._Weg_Gebietsverband_West_gegruendet/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html , <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/iii-weg-auf-wachstumskurs>
- 61 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/braune-kontinuit-t>
- 62 http://www.der-dritte-weg.info/index.php/menue/1/thema/69/id/6490/anzeigemonat/06/anzeigejahr/2016/infotext/Erneuter_III.Weg_Informationenstand_im_Sauerland/akat/1/such_0/altenhudem/Politik_Gesellschaft_und_Wirtschaft.html
- 63 Vgl. Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.
- 64 https://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/VS-Berichte/Verfassungsschutzbericht_2015.pdf
- 65 <http://www.pro-deutschland-online.de/?p=2313> und <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/von-der-npd-zu-pro-nrw>
- 66 <http://www.pro-deutschland.nrw/dr-christoph-heger-neuer-pro-deutschland-landesvorsitzender/>
- 67 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/pro-nrw-mit-noch-mehr-npd-touch>
- 68 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/extreme-rechte-im-wahlkampf>
- 69 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/pro-parteien-kapitulieren>
- 70 S. näher hierzu Stöss, Richard: Die Republikaner: woher sie kommen; was sie wollen; wer sie wählt; was zu tun ist, Köln 1990,.

- 71 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/stabwechsel-bei-den-rep;ein-aktueller-Rechenschaftsberichte-der-Partei-mit-offiziellen-Angaben-zur-Zahl-der-Mitglieder-ist-im-Januar-2016-noch-nicht-veroeffentlicht-warden>
- 72 <https://www.rep-nrw.de/kommunale-mandatstraeger/>
- 73 <https://www.facebook.com/RepNRW/posts/1344927485538414>
- 74 <https://www.facebook.com/RepNRW/posts/1213173815380449>
- 75 <https://www.facebook.com/RepNRW/posts/1297592153605281>
- 76 <https://www.facebook.com/RepNRW/photos/a.269150526449454.65734.257895747574932/1342317465799416/?type=3&theater>
- 77 <https://www.rep-nrw.de/landesvorstand/>
- 78 <https://www.facebook.com/RepNRW/posts/1152681848096313>
- 79 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rechtspopulisten-auf-abgrenzung>
- 80 <https://www.rep-nrw.de/ueber-uns/>
- 81 <https://www.facebook.com/RepNRW/posts/1239006122797218>
- 82 <https://www.facebook.com/RepDueseldorf/posts/1295939023771378>
- 83 <https://www.facebook.com/RepNRW/posts/1186731334691364> und <https://www.facebook.com/RepNRW/posts/1283611178336712>
- 84 <https://www.facebook.com/RepNRW/posts/1355991114432051>
- 85 <https://www.facebook.com/RepNRW/photos/a.269150526449454.65734.257895747574932/1179087692122395/?type=3&theater>
- 86 <https://www.facebook.com/RepNRW/photos/a.269150526449454.65734.257895747574932/1224177677613396/?type=3&theater>
- 87 <https://www.facebook.com/RepNRW/photos/a.269150526449454.65734.257895747574932/1354640527900443/?type=3&theater>
- 88 <https://www.facebook.com/RepNRW/photos/a.269150526449454.65734.257895747574932/1353544328010063/?type=3&theater>
- 89 <https://www.facebook.com/RepNRW/photos/a.269150526449454.65734.257895747574932/1346179762079853/?type=3&theater>

- 90 Vgl. Decker, Frank: Die » Alternative für Deutschland « aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden 2016, S. 7-23.
- 91 . näher hierzu. Häusler, Alexander / Roeser, Rainer: Die rechten »Mut<-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Positionen der »Alternative für Deutschland«, Hamburg 2015.
- 92 <https://afd.nrw/>
- 93 <https://www.lotta-magazin.de/nr-wrex/2014/06/nrw-ergebnisse-der-alternative-f-r-deutschland-bei-den-kommunalwahlen-am-25-mai-2014->
- 94 Das Amt des Schiedsgerichtsmitglieds ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil Auseinandersetzungen über politische Fragen in der AfD häufig erst durch Schiedsgerichtsverfahren geklärt werden, zuletzt etwa, als es um eine Auflösung des wegen seiner Kontakte ins Lager der extremen Rechten kritisierten Landesverbandes im Saarland ging oder als die Frage ging, ob AfD-Mitglieder bei Pegida-Veranstaltungen sprechen dürfen.
- 95 Seit Monaten sind Petry und Pretzell auch privat liiert. Kurz vor Weihnachten 2016 heirateten sie.
- 96 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/kursausrichtung>
- 97 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-streit-eskaliert>
- 98 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/endkampfstimmung-in-der-afd>
- 99 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-auf-rechtskurs>
- 100 „Europäische Konservative und Reformer“; die Fraktion wird dominiert durch die britischen Konservativen und die polnische Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“.
- 101 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/dammbruch-nach-rechtsau-en>
- 102 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-ann-herung-an-front-national>
- 103 Der EFDD-Fraktion trat die zweite verbliebene EU-Abgeordnete der AfD, Beatrix von Storch, bei. In der Fraktion gibt UKIP den Ton an.
- 104 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/klammer-der-europ-ischen-rechtsau-en>
- 105 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-ann-herung-an-front-national>

- 106 <http://www.dw.com/de/le-pen-wilders-und-petry-%C3%BCben-schulterschluss/a-37223947>
- 107 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/rechter-klartext-in-der-nrw-afd>
- 108 https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1726717964249183&id=100007329880766
- 109 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/schelte-f-r-petry-und-pretzell>
- 110 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-radikalisierung-unaufhaltsam>
- 111 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/gelenkte-demokratie-la-afd>
- 112 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/gelenkte-demokratie-la-afd>
- 113 Diese Einschätzung gilt vor allem mit Blick auf die Vergangenheit. Mittlerweile haben die AfD-Ratsmitglieder etwa mit der Forderung, die Mittel für Anti-Rechts-Initiativen zu kürzen, und in der Asyl- und Flüchtlingspolitik Positionen bezogen, die teilweise sogar verhaltene Zustimmung der Neonazi-partei „Die Rechte“ zur Folge hatte.
- 114 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/gelenkte-demokratie-la-afd>
- 115 <http://www.rp-online.de/nrw/afd-vorstand-will-pretzells-co-parteichef-stuerzen-aid-1.6541017>
- 116 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/unbotm-iger-afd-funktion-r>
- 117 <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/schelte-f-r-petry-und-pretzell>
- 118 <http://www.tagesspiegel.de/politik/nrw-wahlkampf-afd-stellt-app-fuer-verunsicherte-buerger-vor/14991488.html>
- 119 <https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/?fref=ts>
- 120 <https://www.facebook.com/nrwspd/?fref=ts&rf=701554596532285>
- 121 <https://www.facebook.com/CDUNrw/?fref=ts> und <https://www.facebook.com/CDU.NRW.Fraktion/?fref=ts>
- 122 <https://www.facebook.com/gruenenrw/?fref=ts>
- 123 <https://www.facebook.com/GrueneFraktionNrw/?ref=ts&fref=ts>

124 <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/soziale-schieflage-bei-der-afd>

125 Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Untersuchung am 31. Januar 2017 liegt noch keine redaktionell überarbeitete Fassung des Programms vor. Alle Zitate und Angaben sind der vorläufigen Fassung des Programms entnommen, wie sie der AfD-Landesverband auf seiner Internetseite veröffentlicht hat: <https://cdn.afd.tools/sites/2/2016/09/08201911/Wahlprogramm-2017-vorl%C3%A4ufige-Fassung-160906.pdf>

126 Vgl. http://www.laga-nrw.de/data/expertise_rechtspopulismus_2010.pdf, dort auf Seite 35

Herausgeber:

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen
Haroldstr. 14
D-40213 Düsseldorf
E-Mail: info@landesintegrationsrat-nrw.de
Internet: www.landesintegrationsrat-nrw.de

Inhalt:

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/
Neonazismus (Forena)
Hochschule Düsseldorf,
FB Sozial- u. Kulturwissenschaften
Münsterstr. 156, 40476 Düsseldorf
<http://www.forena.de>

Autoren:

Alexander Häusler und Rainer Roeser

Januar 2017, Auflage: 4000

V.i.S.d.P.: Engin Sakal

Gestaltung, Layout und Druck:

D.I.E. Grafikpartner GmbH

Landesintegrationsrat

Nordrhein-Westfalen

Haroldstr. 14

D-40213 Düsseldorf

Telefon: 02 11 - 9 94 16 - 0

Telefax: 02 11 - 9 94 16 - 15

E-Mail: info@landesintegrationsrat-nrw.de

Internet: www.landesintegrationsrat-nrw.de

Landesintegrationsrat

